

MITGLIEDERZEITSCHRIFT DER KPÖ STEIERMARK

# ★ PARTEI IN BEWEGUNG

## KARL-MARX-KONGRESS NACHLESE



Preis: € 3,--

## **IMPRESSUM**

### **Medieninhaber und Herausgeber:**

Bildungsverein der KPÖ Steiermark

Lagergasse 98a, 8020 Graz

Tel: +43 (0)316 712959

Web: [www.kpoe-bildungsverein.at](http://www.kpoe-bildungsverein.at)

Mail: [bildungverein@kpoe-steiermark.at](mailto:bildungsverein@kpoe-steiermark.at)

**Titelgrafik:** Simon Gostentschnigg

**Layout und Satz:** Hanno Wisiak

# INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort: .....	S. 5
Anne Rieger: Karl Marx in seiner Zeit .....	S. 7
Hanno Wisiak: Karl Marx in Österreich .....	S. 23
Claudia Klimt-Weithaler: Die Revolutionärin Jenny Marx .....	S. 29
Dieter A. Binder: Karl Marx als Waffenstudent .....	S. 35
Franz Stephan Parteder: Marx, Engels und die Wohnungsfrage .....	S. 41
Marieta García Jordán: Karl Marx und der globale Süden .....	S. 47
Leo Kühberger: Des Pudels Kern: Die Arbeitswerttheorie .....	S. 51
Werner Murgg: Krachtes bald wieder? Kapitalismus und Krise .....	S. 57
Robert Krotzer: Totgesagte leben länger .....	S. 63



**B**is heute kommt niemand am Werk von Karl Marx vorbei, der das Wesen des Kapitalismus – und damit den Zustand unserer Welt – verstehen will. Und schon gar nicht, wenn man diese Welt zum Besseren verändern will.

Am 5. Mai 1818 wurde der große Denker und Revolutionär im deutschen Trier geboren. Anlässlich des Geburtstags des Begründers der modernen kommunistischen Bewegung lud die KPÖ Steiermark zum Karl-Marx-Kongress ins Grazer Volkshaus.

Er sollte einen Spagat schaffen. Zum einen sollten zentrale Aspekte des Lebens und Wirkens von Karl Marx in möglichst kompakter und konziser Form dargelegt, zum anderen Schlaglichter auf Themen geworfen werden, die in der breiten Marx-Rezeption oftmals unterbelichtet sind.

Diese Sondernummer der PARTEI IN BEWEGUNG ist eine Nachlese. Acht der neun Referate wurden dankenswerterweise von den Vortragenden verschriftlicht und sind Teil dieser Nachlese. Dieter A. Binder konnte leider nicht am Kongress teilnehmen, stellte uns seinen Beitrag aber dankenswerterweise zur Verfügung.



# Marx in seiner Zeit: Die Anfänge der ArbeiterInnenbewegung

**K**arl Marx war nicht der Erfinder der ArbeiterInnenbewegung. Er wurde 1818 in ihre Anfänge hinein geboren. Was ihn bedeutend macht, war seine Fähigkeit, die bereits vorgefundenen Bewegungen und das während seiner Lebensphase sich abspielende genau zu beobachten, zu recherchieren, und daraus Schlüsse im Interesse der Lohnabhängigen, des Proletariats, zu ziehen.

Sie gaben dem Kampf der ArbeiterInnenbewegung eine wissenschaftliche Grundlage, eine radikale Zielrichtung, erklärten die Ursache der Ausbeutung und der Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit – und sind heute noch hilfreich, eine Orientierung und ein Kompass in unserem Kampf, gegen die herrschenden Kreise dieses Landes, der EU, auf dem gesamten Planeten für eine Welt ohne Ausbeutung.

KJÖ und KSV haben das auf ihrem 1.-Mai-Plakat auf den Punkt gebracht:

*Wenn die ArbeiterInnen was unternehmen,  
müssten die Unternehmer was arbeiten!*

1818, bei Marx' Geburt, hatten ehemalige LandarbeiterInnen, von ihrem Boden mit Feuer und Militär vertriebene Bauern und sozial deklassierte Handwerker schon erste Kämpfe um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen, auch organisierte Kämpfe, und viele Niederlagen, hinter sich. Proteste und Widerstand gab es schon seit Jahrhunderten.



Anne Rieger ist Mitglied im Landesvorstand und im erweiterten Bundesvorstand des GLB.

Mit der Einführung der Manufakturen und besonders mit der 1780 beginnenden Industrialisierung wurden die Arbeits- und Lebensbedingungen der Mehrheit der Menschen grauenhaft, für eine kleine Minderheit brachte sie unermesslichen Reichtum.

*„Die neuen Maschinen machten die Arbeit erwachsener Männer überflüssig; sie erforderten zu ihrer Beaufsichtigung Weiber und Kinder, die zu diesem Geschäft weit geeigneter und zugleich wohlfeiler zu haben waren als die Männer. Die industrielle Exploitation bemächtigte sich also sofort der ganzen Arbeiterfamilie und sperrte sie in die Fabrik; Weiber und Kinder mußten Tag und Nacht unaufhörlich arbeiten, bis die vollständigste physische Abmattung sie niederwarf. Die Armenkinder der workhouses wurden bei der steigenden Nachfrage nach Kindern ein voll-ständiger Handelsartikel; vom vierten, ja vom dritten Jahre an wurden sie schockweise in der Form von Lehrkontrakten an den meistbietenden Fabrikanten versteigert“,* hatte Engels im „Zehnstundenbill“ geschrieben.

Die Kämpfe des sich entwickelnden Widerstands waren immer nur begrenzt auf lokaler Ebene, auf einzelne Branchen, die Zielrichtung nicht immer eindeutig. Bereits 1789 – Stichwort französische Revolution – gab es in England erste Versuche zur Gründung von ArbeiterInnenorganisationen. 1792 gründete der Schumacher Thomas Hardy in London die Corresponding Societies, in denen sich in den folgenden Jahren tausende ArbeiterInnen organisierten. Sie kämpften um das allgemeine und gleiche Wahlrecht, wurden verfolgt und, wie gewerkschaftliche Vereine, sieben Jahre später verboten.

1792 demonstrierten auch in Wien Textilarbeiterinnen gegen Unrecht und soziale Missstände, 1801 wehrten sich die sogenannten „Bäckerjungen“ gegen die Einführung der Nacht- und Sonntagsarbeit in Salzburg. 1812 wurde in England die Todesstrafe gegen die Zerstörung von Maschinen ausgesprochen, und 1813, fünf Jahre vor Marx' Geburt, wurden in New York 18 Maschinenstürmer hingerichtet.

Maschinenstürme waren das Ergebnis des sich entwickelnden Kapitalismus und des Kampfes der uninformierten ArbeiterInnen dagegen. Sie glaubten, die Maschinen nähmen ihnen die Arbeit weg. So wie auch heute eingeredet werden soll, die Industrie 4.0, Informationstechnologie und vernetzten Roboter nähmen uns die Arbeit weg, wo es doch in Wirklichkeit die Profite sind, die sich die Kapitalisten aus dem Produktivitätsfortschritt aneignen, der mit dieser technologischen Entwicklung verbunden ist, anstatt Arbeitszeitverkürzung für uns zuzugestehen.

Die herrschende Bourgeoisie damals verwendete die Staatsgewalt um den Arbeitslohn zu regulieren, zu senken: Der gesetzliche Lohnstarif wurde festgesetzt und bei Gefängnisstrafe untersagt, einen höheren Lohn zu zahlen. Aber der Empfang höheren Lohns wurde strenger bestraft als die Zahlung.

ArbeiterInnenzusammenschlüsse wurden vom 14. Jahrhundert bis 1825, als Gewerkschaften in England teilweise legalisiert wurden, als



schweres Verbrechen behandelt. Erst 1859 bzw. 1871 waren Gewerkschaften legal möglich.

1815 entwickelt sich in England die Chartistenbewegung, eine Demonstrationsbewegung für demokratische Verhältnisse und demokratisches Wahlrecht. Sie war ihrem Ursprung und ihren ersten Trägern nach noch keine proletarische Bewegung. Aber überall schlossen sich die englischen Industriearbeiter und ihre Frauen – so kann man es nachlesen – dieser Bewegung an. Sie ist dann der Masse der Anhänger nach ArbeiterInnenbewegung

1830 stürzte die Bevölkerung von Paris die Herrschaft der Bourbonen Könige, 1831 streikten in Lyon SeidenarbeiterInnen.

1830 gründeten in Paris einige Emigranten den Zirkel „Deutscher Volksverein“. Sie traten für die bürgerliche Gleichheit aller Menschen in einer bürgerlichen Republik ein. Vier Jahre später wurde er bereits verboten. Als „Bund der Geächteten“ bestand er im Geheimen weiter. 1838 wurde nach internen Auseinandersetzungen der geheime „Bund der Gerechten“ neu gegründet. Er wollte „die Abschaffung der Ausbeutung und die Gestaltung einer gerechten und sozialen Ordnung, einer sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft“. In seinem Aufruf hieß es: „*Alle Menschen sind Brüder*“.

Damit trat die deutsche ArbeiterInnenbewegung, obwohl noch „keine vollgültigen Proletarier“, wie Friedrich Engels, ins Leben.

Am 1. März 1834, als Marx 16 war, streikten 30.000 ArbeiterInnen in Manchester für den Acht-Stunden-Tag: „Acht Stunden arbeiten, acht Stunden Schlaf und acht Stunden Freizeit und Erholung“. Über die Reproduktionsarbeit der Frauen wurde damals kaum nachgedacht – jedenfalls nicht öffentlich. Die Bewegung wurde zerschlagen, dennoch wurde am 1. Mai 1848 in Großbritannien der Zehn-Stunden-Tag erstmals verbindlich festgeschrieben. Ein Teilerfolg, denn ein 14- bis 16-stündiger Arbeitstag war zuvor keine Seltenheit.

In dieser Zeit wuchs Karl Marx im erzkatholischen Trier auf, in einer jüdischen Familie, die unter dem Assimilationsdruck der Regierung zum Protestantismus konvertierte.

Assimilationsdruck für Teile der Bevölkerung – das kommt uns auch heute bekannt vor.

Marx begann mit 17 in Bonn Jus zu studieren und wurde auch schon mal wegen Lärmens und Trunkenheit verhaftet. 1836 ging er nach Berlin und studierte zusätzlich Philosophie und Geschichte, die philosophische Lehre Hegels, seine Dialektik und wollte gemeinsam mit den Hegelianern die Philosophie ergründen. Er erwarb mit 23 Jahren in Jena den Dokortitel der Philosophie.

Auf Grund seiner linkshegelianischen Überzeugung wurde ihm die akademische Laufbahn verweigert – auch so etwas ist uns heute bekannt – und ging mit 24 Jahren als Redakteur zur Rheinischen Zeitung nach Köln, die damals von fortschrittlichen Bürgern gegründet worden war. Er vertrat einen radikal oppositionellen Standpunkt.

Zum ersten Mal behandelte Marx die soziale Frage, als er im Herbst

1842 eine Analyse der Debatten des Landtags über das Holzdiebstahlgesetz in der Zeitung veröffentlichte. Im rheinischen Landtag wurde ein Gesetz durchgeboxt, das das Aufsammeln von Raffholz – Klaubholz – verbot und das jahrhundertealte Gewohnheitsrecht zum Diebstahl erklärt. Die Fraktion der Waldeigentümer setzt das Sammeln von Raffholz mit dem Diebstahl ganzer oder geschlagener Bäume gleich. Entsprechend sollten die Landtagsabgeordneten das Sammeln von dürrem Holz im Wald mit Zuchthaus bestrafen. Das Verbot des Sammelns von Raffholz machte aus einem Gewohnheitsrecht der Armen ein Monopol der Reichen. Zugleich eigneten sie sich das Gewaltmonopol an.

Rückblickend schrieb Marx 1859: *„Als Redakteur der Rheinischen Zeitung musste ich über sogenannte materielle Interessen mitsprechen, die Verhandlungen über das Holzdiebstahlgesetz gaben die ersten Anlässe zu meiner Beschäftigung mit ökonomischen Fragen.“*

Die Zeitung, Sprachrohr der radikal demokratischen Kräfte des Bürgertums, wurde verboten. Marx musste 1843 nach Paris emigrieren, traf dort Engels, durch den er auf weitere ökonomische Tatsachen gestoßen wurde, fand rasch Anschluss an den „Bund der Gerechten“, der u.a. die Abschaffung des Eigentums forderte, und knüpfte Fäden zu geheimen republikanisch-sozialistischen Zentren und ArbeiterInnengesellschaften in Frankreich.

Aus Paris ausgewiesene Männer des „Bundes der Gerechten“ gründeten in London einen Arbeiterbildungsverein. Nicht Putsch, nicht allein Aufklärung würde zum Sozialismus führen, der Bedarf nach einer wissenschaftlichen Lehre vom Sozialismus wurde stärker. England war in der kapitalistischen Entwicklung anderen Ländern voraus, die Londoner Zentrale des Bundes wurde zum führenden geistigen Zentrum und der Bund verankerte sich in Deutschland unter den ArbeiterInnen.

Im Juni 1844 kam es in Schlesien zu einem Aufstand der WeberInnen. 3.000 legten drei Tage lang die Arbeit nieder, gingen auf die Straße gegen ihre katastrophalen Lebens- und Arbeitsbedingungen, die Hungerlöhne. Die ganze Familie, Frauen, Mädchen und Jungen wurden zu schwersten körperlichen Arbeiten gezwungen, die sie von ihren physischen Voraussetzungen her nicht leisten konnten. Nicht selten brach ein/e ArbeiterIn nach einer durchschnittlichen Arbeitszeit von 14 Stunden erschöpft am Webstuhl zusammen. Sie fertigten in Heimarbeit – also ohne Arbeitszeitbegrenzung – auch das ist uns heute bekannt.

In den Jahren vor 1844 spitzte sich die Lage für die WeberInnen weiter zu. England hatte es durch technische Innovationen geschafft, die Produktionskosten zu senken und Baumwollstoff dadurch erheblich günstiger zu produzieren. Durch die britische Konkurrenz drückten die Fabrikbesitzer das Lohnniveau der schlesischen WeberInnen noch weiter. Diese Situation wurde verschärft durch Missernten, die zu erheblichen Preisanstiegen genutzt wurden. Die Fabrikbesitzer

reagierten auf die Forderungen der WeberInnen nicht. Daraufhin wussten sich diese nur noch gewaltsam zu wehren. Sie vertrieben ihre reichen Arbeitgeber samt Familien, zerstörten ihre Häuser, Maschinen und alles, was ihnen in die Hände fiel. Bis 6. Juni schienen sie die Oberhand zu behalten, dann rückte das preußische Militär an und beendete den Aufstand blutig. Auf Seite der WeberInnen waren elf Tote und 24 Schwerverletzte zu beklagen.

Die schlimme Lage der WeberInnen änderte sich auch nach den Ereignissen von 1844 nicht wesentlich. Da ihr Elend aufgrund von Zeitungsberichten in ganz Deutschland bekannt geworden war, entstand Solidarität. Kleider und Lebensmittel für die hungernden und frierenden Menschen wurden gesammelt.

Der WeberInnenaufstand war die erste große proletarische Erhebung in Deutschland. Zwar erfolglos aber bedeutsam: Erstmals hatte die deutsche ArbeiterInnenklasse sich aus der Ergebenheit in die Rebellion begeben. Intensiv und leidenschaftlich verfolgte Marx den Aufstand, der ja durchaus Elemente von Maschinenstürmerei hatte.

1844 und 1846 gab es auch in böhmischen Kattunfabriken schwere Streikunruhen, Zerstörung von Arbeitsstätten inklusive, die vom Militär und Polizei „niedergeworfen“ wurden. In Österreich gab es das Koalitionsverbot, aber Buchdrucker gründeten 1824 in Linz, 1826 in Innsbruck, 1842 in Wien erste Hilfskassen.

Marx beschäftigte sich mit geschichtlichen und philosophischen Studien und kam zu dem Schluss, dass die Geschichte keine Geschichte von Ideen ist, nicht vom Hegelschen Weltgeist bestimmt wird, sondern dass die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse die entscheidende Rolle im Leben der Gesellschaft spielen. Marx und auch Engels dachten sich nicht alles neu aus, sondern knüpften an die Strömungen der Zeit an: an die klassische deutsche Philosophie von Kant bis Hegel, die politische Ökonomie von Adam Smith und David Ricardo, die französische Aufklärung, den utopischen Sozialismus (Owen, St. Simon, Fourier) und französische Historiker und Politiker (Mignet, Thierry). Sie entwickelten die Erkenntnis, dass die Gesellschaft in Klassen gespalten ist, und dass die politischen Probleme durch Klassenkämpfe gelöst werden.

In der „Die Deutsche Ideologie“ hielten sie ihre gewonnenen Erkenntnisse darüber fest, dass die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft über verschiedene Stufen zum Sozialismus führt: „Jede frühere Gesellschaftsordnung bereitet die folgende vor, und wird durch die Revolution beendet.“

Diese materialistische Geschichtsauffassung war der Anlauf zu einem neuen Geschichtsbild, Marx und Engels leiteten daraus die Notwendigkeit des Sturzes der kapitalistischen Gesellschaft ab. Die Schrift wurde erst später veröffentlicht.

Anfang 1845 war Marx aus Frankreich ausgewiesen worden und ging nach Brüssel, wo er „*reichlich Fühlung mit dem organisierten Proletariat*“ hatte. Marx erkannte, dass Parteien die Interessen be-

stimmter Klassen vertreten und forcierten die Gründung einer ArbeiterInnenpartei, die auf dem Boden des wissenschaftlichen Sozialismus steht und gründete 1846 das „Kommunistische Korrespondenz Komitee“, einen Zusammenschluss aller revolutionären KommunistInnen und ArbeiterInnen Deutschlands und anderer Länder.

Engels dokumentierte die grauenhafte, entsetzliche Arbeits- und Lebensbedingungen in seiner Schrift: „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ und beschrieb die Entwicklung von Krisen durch Überproduktion und nicht vorhandene kaufkräftige Nachfrage. Bis 1848 gab es vier Krisen (1817, 1825, 1836, 1847/48) um Getreide, Eisenbahnen, Bergwerke, Banken und Baumwollspinnereien.

*„Vor vierzig Jahren stand England vor einer Krisis, die zu lösen allem Anschein nach nur die Gewalt berufen war. Die ungeheure und rasche Entwicklung der Industrie hatte die Ausdehnung der auswärtigen Märkte und die Zunahme der Nachfrage weit überholt. Alle zehn Jahre wurde der Gang der Produktion gewaltsam unterbrochen durch eine allgemeine Handelskrisis, der, nach einer langen Periode chronischer Abspannung, wenige kurze Jahre der Prosperität folgten, um stets wieder zu enden in fieberhafter Überproduktion und schließlich in neuem Zusammenbruch.“*

1847 gründete sich der „Bund der Kommunisten“ in London als Geheimbund, mit internationalem Anspruch und der Losung „Proletarier aller Länder vereinigt euch“. Die Initiatoren wollten Marx und Engels als Mitglieder. Anfang Juni fand der erste Kongress in London statt, Marx konnte wegen Geldmangels nicht teilnehmen. Zweck des Bundes war der Sturz der Bourgeoisie. Er ging aus dem Bund der Gerechten hervor und wurde von einer politischen deutschen ArbeiterInnenorganisation zu einer revolutionären Proletarischen Partei. Er war der Vorläufer der „Internationalen Arbeiterassoziation“, heute als Erste Internationale bekannt.

In ihrem Auftrag schrieben Marx und Engels 1847 das Kommunistische Manifest, das im Februar 1848 kurz vor Beginn der Revolutionen in Europa herausgegeben wurde. Dort heißt es: „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaften ist die Geschichte von Klassenkämpfen“.

Die Mitglieder des Bundes sagten die direkt folgenden Klassenkämpfe voraus, die Revolutionen in Österreich, in der Schweiz, in Frankreich. Große Teile der Arbeiterschaft in Frankreich sind arbeitslos, die Produktion kann nicht mehr abgesetzt werden, die Armee aus Bauern will nicht mehr für den König kämpfen. Es kommt zur bürgerlich demokratischen Februarrevolution 1848, die am 24. Februar die Herrschaft der Bourbonen beendete. Die Zweite Französische Republik wurde ausgerufen. Sie bildete den Funken für die sich anschließenden Märzrevolutionen in weiteren Regionen Mitteleuropas. Im Juni 1848 kam es zum erneuten Aufstand der ArbeiterInnenschaft anlässlich der Schließung der französischen Nationalwerkstätten, die vielen Arbeitslosen Beschäftigungsmöglichkeiten erschlossen hatten. Der Pariser Juniaufstand wurde bald von Einheiten der französischen

Armee und der Nationalgarde erstickt. Die Zahl der getöteten ArbeiterInnen wird auf 5.000 geschätzt (davon wurden etwa 1500 ohne Prozess erschossen). 25.000 Menschen wurden festgenommen, 11.000 wurden zu Gefängnis oder Deportation in eine der überseeischen Kolonien verbannt. Im Dezember wurde Louis Napoleon Bonaparte zum Staatspräsidenten gewählt.

Am 3. März 1848 demonstrierten 5.000 ArbeiterInnen in Köln vor dem Rathaus, ihre Forderungen: Schutz der Arbeit und Erziehung der Kinder auf Staatskosten. Am 10. März wandten sich 20 000 ArbeiterInnen mit einer Bittschrift an den König in Berlin, sie wurden auseinandergeknüppelt, es gab einen Toten. 18. März griff das Volk in Berlin zu den Waffen, Zwei Schüsse von den königlichen Wachen waren der Auslöser, die Ursachen Deutschlands Börsenkrach, Fabrikschließungen, massenhafter Ruin der Handwerker und Arbeitslosigkeit. Forderungen: Abschaffung der Feudallasten, Enteignung der Junkergüter, Verstaatlichung der Bergwerke, Verkehrsmittel und der Privatbanken, die Durchsetzung politischer Grundrechte, die allgemeine Volksbewaffnung und die Sicherung der revolutionären Errungenschaften. Nach achtzehnstündigem erbittertem Kampf kapitulierte der König.

MaschinenarbeiterInnen von Borsig hatten mit dem organisierten Kampf den Ausschlag gegeben. Höhepunkt des Kampfes um ein besseres Leben waren die im breiten Ausmaß organisierten Streiks der städtischen ArbeiterInnen von Ende März bis Ende Mai. Handwerksgesellen standen mit an der Spitze. Zentren dieser Streiks für höhere Löhne und kürzere Arbeitszeiten waren Städte wie Berlin, Breslau, Frankfurt, Hamburg, München, Köln.

13. März 1848 brach die Bevölkerung von Wien die Macht des Fürsten Metternich, zwang ihn zur Flucht aus dem Land. Der Kaiser wurde gezwungen demokratische Forderungen nach Pressefreiheit, Volksbewaffnung und Verfassung zu erfüllen und liberale bürgerliche Minister einzusetzen. Die 72-Stunden-Woche war üblich, die tägliche Arbeitszeit dauerte oft von fünf Uhr morgens bis acht Uhr abends. Die Bezahlung war so miserabel, dass auch Frauen und Kinder arbeiten gehen mussten.

Erste kurzfristige Versuche der Grazer ArbeiterInnenschaft, sich zu organisieren, erfolgten während des Revolutionsjahres 1848. Die Mitglieder des Bundes der Kommunisten eilten bei Ausbruch der Revolutionen sofort zu den Brennpunkten. Marx und Engels gingen nach Köln.

Die ArbeiterInnen hatten einen großen Sprung nach vorn auf dem Weg zu einer selbständigen Klasse gemacht. Erstmals entstanden in Deutschland Gewerksvereine, daraus später nationale Gewerkschaftsverbände, zuerst der Buchdrucker und ZigarrenarbeiterInnen. Im August 1848 kam es in Berlin auf einem ArbeiterInnenkongress zu einer Vergemeinschaftung der ArbeiterInnen auf gesamtnationaler Ebene, erstmals wurden Bande zwischen den zahlreichen lokalen

ArbeiterInnenvereine geknüpft.

Marx und Engels konnten ab 1. Juni 1848 legal die „Neue Rheinische Zeitung“ herausgeben – die klarste, radikal-demokratische Zeitung. Am 19. Mai 1849 musste ihr Erscheinen aber wieder eingestellt werden. Preußische Truppen (General Wrangel) besetzten im Herbst 1848 wieder Berlin, Vereine wurden aufgelöst, Zeitungen verboten.

Zwar hatten die demokratischen Kräfte eine Niederlage erlitten, aber die Revolution war ein wichtiges Ereignis: Erstmals traten breite Schichten der Bevölkerung gegen das feudale System auf. Die Revolutionsperiode 1848/49 hinterließ in allen europäischen Ländern Ansätze der werdenden ArbeiterInnenbewegung, also der organisierten, die an der Seite kleinbürgerlicher revolutionär-demokratischer Bestrebungen mit dem Ziel des demokratischen Wahlrechts und zur Verteidigung ihrer eigenen sozialen Interessen aufgetreten ist. Sie war dabei unübersehbare Vorkämpferin für Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt.

Marx analysierte, dass die unmittelbare sozialistische Revolution nicht auf der Tagesordnung stand sondern erst die bürgerliche Demokratie. Er prognostizierte, dass eine neue Revolution erst im Gefolge einer neuen Krise geben würde. 1857 brach tatsächlich eine neue Krise aus, aber – wie wir wissen – auf die Rezession folgte keine Revolution.

In „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ 1859 schloss Marx aus diesen Ereignissen: *„Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind. Daher stellt sich die Menschheit immer nur Aufgaben, die sie lösen kann, denn genauer betrachtet wird sich stets finden, daß die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozeß ihres Werdens begriffen sind.“*

Zwar siegte die Konterrevolution, doch das restaurierte konterrevolutionäre Regime konnte nicht mehr so auf-treten wie zuvor. Überall wurde der Bourgeoisie, nicht aber den ArbeiterInnen, ein minimales Mitregierungsrecht eingeräumt.

Es gab aber erbitterte Versuche, den Vormarsch der ArbeiterInnenbewegung mit allen Mitteln aufzuhalten, indem man sie ihrer revolutionären Partei beraubte. Der Kölner Kommunistenprozess im Jahre 1852 war der erste großangelegte Versuch der herrschenden Klassen, die revolutionäre ArbeiterInnenbewegung mittels Polizei- und Justizterror aus dem politischen Leben auszuschalten. 1854 wurden im Deutschen Bund alle ArbeiterInnenorganisationen verboten, formell bis 1866. Es waren ja vor 1848 kleine Kader, die man leicht liquidieren konnte. Die bürgerlichen Organisationen waren nicht so getroffen von der Zerstörung, mit Ausnahme der radikal-demokratischen.

Im Ergebnis übersiedelte der nun staatenlose Marx nach London. In den Emigrationsjahren ging es ihm schlecht, sowohl finanziell als

auch gesundheitlich. Dort schrieb er das Werk „Die Klassenkämpfe in Frankreich“ als Artikelserie für die „Neue Rheinisch Zeitung, Politökonomische Revue“, die er 1850 gegründet hatte. Er schrieb für die Chartistenpresse in England, für die New York Daily Tribune, die Wiener Presse und nahm seine Studien wieder auf.

Deutschland verdoppelte seine Produktion innerhalb von 10 Jahren, aus dem Agrarland wurde es zum Industrieland, die LohnarbeiterInnenzahl stieg von 1849 bis 1861 um 120 Prozent. Die Lage der ArbeiterInnen blieb elend, die Arbeitszeit betrug bis zu 14 Stunden, der Lohn reichte nicht, deswegen war Frauen- und Kinderarbeit überlebensnotwendig, die Gesundheit war erschreckend.

Von 1852 bis 1859 gab es in Deutschland über 100 Streiks. Trotz Repression ließ sich der Zusammenschluss der ArbeiterInnenvereine nicht aufhalten – von 1850 bis 1859 gab es 826, wenn sie auch offiziell Unterstützungskassen oder Wanderunterstützungsvereine hießen. 1863 hatten sich 100 Arbeiterbildungsvereine gebildet. 1863/64 entstand der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein. Doch erst mit dem Vereins- und Versammlungsrecht 1867 war der ArbeiterInnenbewegung ein legales Mittel zur Durchsetzung ihrer Forderungen in die Hand gegeben. Mit Unterstützung von sozial gesinnten Intellektuellen artikulierten und organisierten sich die ArbeiterInnen.

In Österreich mussten um diese Zeit die Tramwayfahrer bis zu 19 Stunden arbeiten und es kam vor, dass Lehrlinge bis zu 24 Stunden in der Wirtsstube stehen mussten.

Schauen wir kurz nach Australien: dort forderten die ArbeiterInnen der britischen Kolonie Viktoria am 21. April 1856 den Acht-Stunden-Tag. Nach neun Tagen Arbeitskampf feierten die ArbeiterInnen am 1. Mai ihren Sieg. Auch in den USA hatte sich die ArbeiterInnenbewegung entwickelt. Seit 1865 stand auch dort die Forderung nach dem Acht-Stunden-Tag im Mittelpunkt.

Marx schrieb in dieser Zeit seine ökonomische Hauptwerke. Als erste systematische Darstellung der marxischen ökonomischen Grundgedanken erschien 1859 „Zur Kritik der politischen Ökonomie“, 1865 „Lohn Preis und Profit“ und 1867 erschien der erste der drei Bände seines Hauptwerks „Das Kapital“.

Die europäische ArbeiterInnenbewegung wuchs, verstärkt gab es das Bedürfnis nach internationaler Solidarität, und so wurden 1862 bei der Weltausstellung in London Fäden geknüpft. Die daraufhin am 28. Sept. 1864 in London gegründete „Internationale Arbeiterassoziation“ war die erste umfassende internationale Organisation der ArbeiterInnengesellschaften, des Proletariats, bekannt unter dem Namen „Erste Internationale“. Marx war ihr führender Kopf. Sie war nicht sein Geschöpf. Marx reagierte auf die Bitten von Londoner GewerkschafterInnen. Er arbeitete aber Programm und Statut aus, hielt Vorträge über ökonomische Probleme, wie die Verkürzung der Arbeitszeit, Grundeigentum u.a. Bekannt wurde sein Vortrag über „Lohn, Preis, Profit“, der erst später veröffentlicht wurde. Der Vortrag

war 1865 notwendig geworden, weil John Weston, ein neues Mitglied, die Ansicht vertrat, eine allgemeine Erhöhung des Arbeitslohnes nütze den ArbeiterInnen nichts, daher sie die Gewerkschaft schädlich und ihr Kampf zwecklos.

Es war Marx, der sich nicht erst im Rahmen des Genfer Kongresses der Internationalen Arbeiterassoziation 1866 für die Einführung des Acht-Stunden-Tags ins Zeug legte – und damit das Fundament für die 1.-Mai-Demonstrationen schuf, die mit dieser Kernforderung zwei Jahrzehnte später Kapitalisten in vielen Ländern das Fürchten lehrten. Er polemisierte gegen deren „*Werwolfs-Heißhunger nach Mehrarbeit*“, kämpfte in Gremien von ArbeiterInnenorganisationen entschieden für die Beschränkung des Arbeitstags: „Denn von der Zeit hängt es ab, ob die Gesellschaft die Zeit hat, sich menschlich auszubilden.“

Regierung aus ÖVP und FPÖ möchte bis zum Sommer ein Gesetz auf den Weg bringen, um den Zwölfstundentag und die 60-Stundenwoche wieder zu ermöglichen. Ihrem Klassenauftrag wird die rechte Regierung damit in gerecht. Heute wie damals also: höchste Zeit für entschlossenen, organisierten Widerstand! Im Zeichen neoliberaler Umverteilung von unten nach oben sinken die Lohnquoten, wird die Arbeitszeit über die Flexibilisierung verlängert, steigen die Profite – verschärft sich die Ausbeutung permanent.

Die Regierung aus ÖVP und FPÖ möchte bis zum Sommer ein Gesetz auf den Weg bringen, um den Zwölfstundentag und die 60-Stundenwoche wieder zu ermöglichen. Ihrem Klassenauftrag wird die rechte Regierung damit in gerecht. Heute wie damals also: höchste Zeit für entschlossenen, organisierten Widerstand! Im Zeichen neoliberaler Umverteilung von unten nach oben sinken die Lohnquoten, wird die Arbeitszeit über die Flexibilisierung verlängert, steigen die Profite – verschärft sich die Ausbeutung permanent.

## **72 Tage Pariser Kommune vom 18. bis 28. Mai 1871**

Die „Internationale Arbeiterorganisation“ (IAA), fand auch in der französischen Arbeiterschaft starken Widerhall. Aber ihr Einfluss auf das französische Proletariat blieb relativ gering, da die Regierung die Organisation in wesentlichen Teilen zerschlagen konnte. Bestimmend blieben die Blanquisten, die die Organisation revolutionärer Massen ablehnten und mit kleinen bewaffneten Organisationen die politische Macht erobern wollten, die Proudhonisten, die den Sturz des Großkapitals, nicht den Sturz der kapitalistischen Ordnung anstrebten und das erneuerte Jakobinertum. So fehlte der französischen Arbeiterklasse für den Kampf gegen die Bourgeoisie die Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus.

Trotzdem entstanden in Paris während der letzten Jahre des Kaisertums revolutionäre Bewegungen, da öffentliche Versammlungen erlaubt waren. Den verschiedenen revolutionären Gruppen gelangen tausende von öffentlichen Versammlungen zwischen 1868 und 1870.

Dann erklärte Napoleon III 1870 Preußen den Krieg. Hintergrund



war der drohende Staatsbankrott und die Unzufriedenheit großer Teile der Bevölkerung. Marx analysierte, dass auswärtige Raubzüge die vorhandenen inneren Widersprüche nicht verdecken könnten.

Nach der verlorenen Schlacht von Sedan erzwang die Bevölkerung von Paris am 4. September die Ausrufung der Dritten französischen Republik. Aus dem Verteidigungskrieg des deutschen Volkes wurde damit ein Raubkrieg der deutschen Bourgeoisie gegen die französische Republik. Die Regierung wollte das Proletariat nicht bewaffnen, was zur Verteidigung von Paris nötig gewesen wäre. Den Arbeitern gelang es, 200 Bataillone der Nationalgarde zu bewaffnen, nachdem die deutschen Truppen am 19. Dezember begonnen hatten, Paris zu belagern. Die 150.000 Mann starke Nationalgarde war in der Arbeiterbevölkerung verwurzelt, demokratisch organisiert. Ein Zentralkomitee wurde gebildet.

Am 28. Jänner unterzeichnete Adolphe Thiers, der sich zum Erreaktionär entwickelt hatte, den Waffenstillstand, ließ die rückständigen Mieten eintreiben und forderte die Einlösung von Wechseln. Es kam es zum Ruin vieler Kaufleute und Handwerker und zu großer Arbeitslosigkeit. Thiers vorrangiges Ziel war es, die Nationalgarde zu entwaffnen. Das wurde am 18. März versucht, als eine Abteilung der Versailler Regierungstruppen in Paris überraschend einmarschierte und Kanonen fortschaffen wollte. Arbeiterfrauen schlugen Alarm. Sie konnten erreichen, dass ein Teil der Armee sich mit der Kommune solidarisierte und überlief. Die Truppen stießen auf heftigen Widerstand, Regierung und Klerus flohen nach Versailles. Die Nationalgarde besetzte alle Regierungs- und Verwaltungsgebäude.

*„Am Morgen des 18. März 1871 wurde Paris geweckt durch den Donneruf: ‚Es lebe die Kommune!‘“, schrieb Marx in „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ und: „Die ruhmvolle Arbeiterrevolution nahm unbestritten Besitz von Paris. Das Zentralkomitee war ihre provisorische Regierung“. Das Zentralkomitee der Nationalgarde hob den über Paris verhängten Belagerungszustand auf, schaffte die Militärgerichte ab und verkündete eine Amnestie für alle politischen Gefangenen. Marx zitiert aus ihrem Manifest vom 18. März: „Die Proletarier von Paris ... haben begriffen, dass die Stunde geschlagen hat, ... dass sie die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten in ihre eignen Hände nehmen ... Sie haben begriffen, dass es ihre höchste Pflicht und ihr absolutes Recht ist, sich zu Herren ihrer eignen Geschicke zu machen und die Regierungsgewalt zu ergreifen.“*

Das Zentralkomitee leitete sofort Wahlen für die Kommune ein. Am 26. März war die überwiegende Mehrheit der gewählten Arbeiter und Angehörige des revolutionär-demokratischen Kleinbürgertums, Handwerker, kleine Ladenbesitzer, Angestellte, Schriftsteller, Lehrer. Am 28. März wurde unter dem Jubel von 200.000 Versammelten vor dem Rathaus die Pariser Kommune ausgerufen. Das ZK der Nationalgarde übergab seine Macht dem gewählten Kommunerrat, blieb aber daneben weiterbestehen.

Dekrete der Kommune waren:

- Das stehende Heer wurde abgeschafft und durch die allgemeine Volksbewaffnung ersetzt
- Die Polizei wurde aufgelöst, ihre Aufgaben von der Nationalgarde übernommen
- Alle Organe und beamtete Personen unterlagen der Wählbarkeit, Verantwortlichkeit und jederzeitiger Absetzbarkeit
- Erlass der Wechselschulden für die Bevölkerung
- Pfänder in Leihhäusern wurden unentgeltlich zurückgegeben
- Begrenzung der Regierungsgehälter auf den Lohn der Arbeiter
- Stundung der Mieten
- Zehn-Stunden-Arbeitstag
- Politische und soziale Gleichberechtigung der Frau
- Verbot von Glücksspielen
- Betriebe und Werkstätten, deren Unternehmer und Besitzer aus Paris zu den Versaillern geflohen waren, wurden Arbeitergenossenschaften übergeben
- Die Vermögen der Mitglieder der Thiers-Regierung, der Mitglieder der Versailler Nationalversammlung sowie die leer stehenden Wohnungen der aus Paris Geflüchteten wurden beschlagnahmt und Wohnungsbedürftigen zugewiesen.

Eine Hauptforderung der Frauen war es, die Vorherrschaft der Kirche abzuschütteln. Sie übernahmen die Neugestaltung des kostenlosen Erziehungswesens, mit Schulen, Kindergärten und einer Berufsausbildung für Frauen. Am 12. Mai 1871 wurde die erste Industriebeschulung für Mädchen eingerichtet.

Anfang April eröffnet die Versailler Regierung den militärischen Klassenkrieg gegen die Kommune, die preußisch-deutschen „Kriegsfeinde“ unterstützten sie in Klassensolidarität und ab Mitte April begann die eigentliche Offensive mit dem Bombardement der Stadt. Am 21. Mai drangen die Versailler in die Stadt ein, entfesselten trotz heldenhaftem Widerstand und Barrikadenbau ein brutales Blutbad und am 28. Mai ist der Vernichtungsfeldzug der herrschenden Klasse gegen die Kommune grausam beendet.

Im Herbst 1870 hatte Marx die Pariser Arbeiter gewarnt, die Regierung zu stürzen, aber nach der Märzrevolution 1871 gehörte er zu den begeistertsten Anhängern der Kommune. Das Bedeutsame der Pariser Kommune war, so Marx, dass sie den alten Staatsapparat zerschlug und neue, basisdemokratische Machtorgane schuf. Marx folgerte, dass die Fehler, die sich aus unzureichenden Erfahrungen der Kommunarden ergaben, vor allem darin bestanden, dass sie die Machtmittel der proletarischen Diktatur nicht konsequent anwendeten. Das äußerte sich u. a. im Verzicht auf den Feldzug gegen Versailles gleich nach der Machtergreifung in Paris und der Unantastbarkeit der Bank von Frankreich, in der drei Mrd. Francs lagerten.

## Österreich – vornehmlich Deutsch-Österreich

In Österreich siegte die Konterrevolution zum Ende des Jahres 1848. Die Armeen des Fürsten Windischgrätz eroberten Wien und erstickten die ersten Gehversuche der österreichischen Arbeiter blutig. Der „Erste Wiener Allgemeine Arbeiterverein“ wurde aufgelöst, die Fabrikkassen überwacht, teilweise aufgelöst, Streik mit Haft bestraft.

Die Gründerzeit führte zu einer enormen Verteuerung der Lebenskosten, die Reallöhne sanken, Frauenlöhne lagen unter dem Existenzminimum. Die tägliche Arbeitszeit stieg auf 13 bis 14 Stunden. Die hygienischen und gesundheitlichen Bedingungen in den Fabriken mit Dämpfen, Abgasen und Lärm führten zur Ausbreitung von Tuberkulose.

Die sozialen Spannungen stiegen. Es kam immer wieder zu kleineren Ausständen, vor allem in den böhmischen Industriegebieten. Anfang der 60er Jahre wurde in Wien versucht, wieder einen Arbeiterbildungsverein zu gründen – der jedoch umgehend wieder verboten wurde. Ab 1861 wurden dennoch, meist auf zünftischer Basis, Arbeiterbildungsvereine gegründet. Um dem erwachenden Klassenbewusstsein der Arbeiter entgegen zu wirken, wurden stattdessen Selbsthilfe-Einrichtungen wie Konsum-, Kredit-, oder Rohstoffgenossenschaften vom liberalen Bürgertum entwickelt. Aber die fortgeschrittensten Arbeiter forderten Vereins-, Koalitions-, Versammlungs- und Presse-freiheit sowie das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht mit dem Ziel einer eigenständigen politischen Partei.

1867 musste die herrschende Klasse Zugeständnisse machen, das Vereins- und Versammlungsrecht trat in Kraft. Einen Monat später beteiligten sich 3.000 Arbeiter an der Gründung des branchenübergreifenden Wiener Arbeitervereins. Die Arbeiter hatten wieder eine legale Waffe für ihre Interessenvertretung. Gewerkschaften freilich waren noch verboten. 1868/69 kam es zu zahlreichen Streiks und Aktionen zur Erkämpfung des Koalitionsrechts. 1868 forderte der Wiener Arbeiterbildungsvereins die Einführung des Zehnstundentags, die Regierung lehnte ab. Die vom Verein gegründete Arbeiter-, Kranken-, Invaliden- und Unterstützungskasse aber wurde zum Vorbild der in den achtziger Jahren errichteten Pflichtkassen. Für Alter und Arbeitslosigkeit jedoch war kaum vorgesorgt.

1869 gab es die erste Massenaktion von 20.000 ArbeiterInnen in Wien. Sie forderten Koalitionsrecht, freies Vereins- und Versammlungsrecht, Pressefreiheit und ein allgemeines Wahlrecht. 1870 beschloss der Reichsrat unter diesem Druck das Koalitions-gesetz, das den Arbeitern die Bildung von politischen Vereinen und Gewerkschaften sowie Streiks erlaubte. Es war die Geburtsstunde von Gewerkschaften in Österreich.

Die Regierung rächte sich im Wiener Hochverratsprozess mit fünf bzw. sechs Jahren schweren Kerker gegen die führenden Köpfe, löste Vereine auf, musste aber aufgrund erneuter Straßenkundgebungen ihre Neukonstituierung schließlich doch genehmigen. Die nächste

Regierung hatte 1871 eine Amnestie erlassen. Arbeiterbildungsvereine wurden in mehreren Städten gegründet, auch in Graz, Judenburg und Zeltweg. 1872 gab es bereits 59 Arbeiterbildungsvereine und 78 Gewerkschaftsvereine mit insgesamt 80.000 Mitgliedern. 1879 hatte der Arbeiterbildungsverein von Wien 35.000 Mitglieder.

Karl Marx urteilte über diese Periode auf dem IV. Allgemeinen Kongress der Internationalen Arbeiter-Assoziation in Basel: *„Die Arbeiter Österreichs, besonders Wiens, nehmen bereits den Vordergrund ein, obgleich sie erst nach den Ereignissen von 1866 in die Bewegung eintraten. Sie sammelten sich sofort unter der Fahne des Sozialismus und der Internationalen, in welche sie massenhaft durch ihre Delegierten an dem neulichen Eisenacher Kongreß eintraten. Wenn irgendwo, hat die liberale Mittelklasse in Österreich ihre selbstischen Instinkte, ihre geistige Inferiorität und ihren kleinlichen Groll gegen die Arbeiterklasse zur Schau gestellt. Ihr Ministerium, welches das Reich zerrissen und bedroht sieht durch den Racen- und Nationalitätenkampf, verfolgt die Arbeiter, welche allein die Verbrüderung aller Racen und Nationalitäten proklamieren. Die Mittelklasse selbst, welche ihre neue Stellung nicht ihrem eigenen Heroismus, sondern ausschließlich den Unglücksfällen der österreichischen Armee verdankt, welche kaum imstande ist, wie sie selbst weiß, ihre neuen Errungenschaften wider die Angriffe der Dynastie, der Aristokratie und des Klerus zu verteidigen, diese Mittelklasse vergeudet nichtsdestoweniger ihre Kräfte in dem elenden Versuch, die Arbeiterklasse auszuschließen vom Recht der Koalition, der öffentlichen Meetings und der Presse“.*

ArbeiterInnen und Kleingewerbetreibende waren die Hauptbetroffenen der Wirtschaftskrise, die dem Börsenkrach von 1873 („schwarzer Freitag“) folgte. Die Gründung einer selbständigen Arbeiterpartei stand auf der Tagesordnung. Aber die fehlende marxistische politische Klarheit unter den ArbeiterInnen und in ihrer Führung über die Notwendigkeit, sich von der Bevormundung und dem Einfluss der Bourgeoisie zu lösen, führte zu einem prinzipiellen Meinungsstreit zwischen Heinrich Oberwinder (1845–1914), der in der Arbeiterpartei nur eine Teilfraktion der liberalen Bewegung sah und Andreas Scheu (1844–1927), der einen proletarischen – wenn auch etwas engen – Klassenstandpunkt vertrat. Damit näherte er sich Marx' Position an.

Die immens gewachsene Arbeitslosigkeit, die drastische Lohnsenkung, das Verlassen der Stadt vieler Arbeiter verschärfte die unklare schwierige Situation innerhalb der Arbeiter.

Im April 1874 fand in Neudörfel eine geheime Zusammenkunft von Vertretern der Arbeitervereine aus dem ganzen Habsburgerreich statt, allerdings ohne die Oberwinder-Fraktion. Im verabschiedeten Programm waren sowohl Tagesforderungen als auch das Endziel klar umrissen und bestätigte in der Nationalen Frage, die im Österreichischen Vielvölkerstaat eine große Rolle spielte, das Selbstbestimmungsrecht der Völker und ihr brüderliches Zusammenwirken.

Neudörfl war aber nur eine Episode. Es brauchte noch bis 1889 bis auf dem Hainfelder Parteitag 80 Delegierte mit 25 Gästen aus 13 Kronländern eine einheitliche, schlagkräftige Sozialdemokratische Partei gründeten.

Marx starb davor, 1883 mit 64 Jahren. Engels sagte in der Trauerrede am Grab:

*„Wie Darwin das Gesetz der Entwicklung der organischen Natur, so entdeckte Marx das Entwicklungsgesetz der menschlichen Geschichte: [...] daß also die Produktion der unmittelbaren materiellen Lebensmittel und damit die jedesmalige ökonomische Entwicklungsstufe eines Volkes oder eines Zeitabschnitts die Grundlage bildet, aus der sich die Staatseinrichtungen, die Rechtsanschauungen, die Kunst und selbst die religiösen Vorstellungen der betreffenden Menschen entwickelt haben, und aus der sie daher auch erklärt werden müssen – nicht, wie bisher geschehen, umgekehrt.“*

Damit nicht genug. Marx entdeckte auch das spezielle Bewegungsgesetz der heutigen kapitalistischen Produktionsweise und der von ihr erzeugten bürgerlichen Gesellschaft. Mit der Entdeckung des Mehrwerts war hier plötzlich Licht geschaffen.“



# »Ein fremder Doctor in einem hiesigen Verein«

**D**er zehntägige Aufenthalt des 30-jährigen Karl Marx in Wien im Spätsommer 1848 sorgt für ordentlich Wirbel. Auch wenn der Einfluss seines theoretischen und praktischen Wirkens auf die österreichische Arbeiterbewegung enorm ist, so bleibt der Einfluss, den er direkt nimmt, überschaubar. Interessant ist er allemal.

„Der Redakteur en chef der Neuen Rheinischen Zeitung, Karl Marx, ist gestern auf einige Tage nach Wien abgereist“, bemerkt selbige Zeitung am 25. August. „Hr. Carl Marxe, Dr. der Philosophie, von Paris“, notiert die Wiener Zeitung für den 27. August 1848 in ihrer Rubrik „Angekommen“.

## Arm und reich und die Revolution in Österreich

Während Adel und Obrigkeiten im Luxus schwelgen, leidet der Großteil der Bevölkerung bittere Armut. Im März 1848, nach einem Hungerwinter, überzieht eine Welle revolutionärer Erhebungen Europa und macht auch vor der Habsburger-Monarchie nicht halt. An vielen Orten brachen nationale Aufstände aus. In Ungarn, Tschechien und anderen Kronländern verlangen die Menschen Selbstbestimmungsrechte. Am 13. März schließlich erreicht die Revolution auch Wien. Das Großbürgertum erbittet eher zurückhaltend mehr Mitsprache im absolutistisch regierten Feudalsystem, die Studenten, meist Söhne aus bäuerlichem und proletarischem Elternhaus, bringen ihre liberalen Forderungen radikaler vor. Sie verlangen Ver-



Hanno Wisiak ist Bezirksvorsteher-Stellvertreter in Graz-Geidorf und Mitglied des Landessekretariats sowie der Programmkommission der KPÖ Steiermark.

sammlungs- und Pressefreiheit. Der Einsatz des Militärs macht eine friedliche Demonstration schließlich zur Revolution. Die Menschen verwüsten Einrichtungen des verhassten Staates wie Polizeiposten und Steuerämter, Arbeitslose stürmen Fabriken und zerstören die Maschinen, die sie für ihre Arbeitslosigkeit verantwortlich machen. Schließlich dankt der als Unterdrücker verhasste Klemens Wenzel Lothar von Metternich ab.

Unter dem Eindruck der massenhaften Erhebungen, vor allem in den Vorstädten, ist der Staat zu Zugeständnissen bereit. Presse- und Versammlungsfreiheit werden gewährt, eine Verfassung in Aussicht gestellt und die Nationalgarde gegründet – eine Art Volksbewaffnung, von der allerdings die „niederen Stände“ wie Handwerker oder Tagelöhner ausgeschlossen sind. Die Nationalgarde ist es auch, die in den Vorstädten „Ruhe und Ordnung“ herstellt, was mehr Menschenleben fordert, als das Wüten des Militärs in der Wiener Innenstadt.

Das von Karl Marx und Friedrich gemeinsam verfasste Manifest der Kommunistischen Partei, das zum Fundament der modernen Arbeiterbewegung werden sollte, erscheint im Februar 1848. Sozialistische und kommunistische Ideen sind in Österreich nicht verbreitet – noch nicht. Zu dicht ist das Netz der Zensur im metternichschen Vormärz. Auch das den Arbeitern auferlegte Wanderverbot hält sie davon ab, sich mit dem politisch bereits bewussten Proletariat anderer Länder auszutauschen.

Kenntnisse über das Werk und Wirken von Marx und Engels hatte jedoch die Wiener Geheimpolizei. Die Deutsch-Französischen Jahrbücher werden an der Grenze abgefangen und in den Polizeiberichten mitunter recht umfangreich Fakten und Fiktionen gewälzt – wahrscheinlich auch, um die Notwendigkeit der eigenen Existenz als Geheimpolizei zu unterstreichen.

Weder im von Friedrich Sander gegründeten Ersten Wiener Arbeiterverein, der bis zu 8.000 Mitglieder zählt, noch im weiter links stehenden, von Adolf Chaisés geführten Radicalen Liberalen Verein, weiß man von Marx' Vorstellungen des Kommunismus.

Auch wenn die Arbeiter und Arbeiterinnen eine entscheidende Rolle in den revolutionären Ereignissen spielen, kommen die Errungenschaften zum Großteil nur dem Bürgertum zugute. Die Arbeiterschaft bleibt vom Wahlrecht weitgehend ausgeschlossen.

### **Marx kommt in Wien an**

Am Abend des 27. August kommt Karl Marx nach einer 31-stündigen Fahrt mit dem Zug von Berlin am Wiener Nordbahnhof an. Wenige Tage zuvor haben sich hier noch massive Straßenkämpfe abgespielt. In dem als „Praterschlacht“ in die Geschichte eingegangenen Ereignis haben Nationalgarde und Militär eine Demonstration gegen Lohnkürzungen mit brutaler Gewalt aufgelöst. Mehrere Todesopfer sind zu beklagen und selbst in bürgerlichen Zeitungen ist die Empörung darüber groß.



Diese Ereignisse sind auch Gegenstand einer hitzigen Debatte im Demokratischen Klub, dem unterschiedliche linke, republikanische Strömungen angehören, die sich mit der sozialen Frage auseinandersetzen. Auch Marx nimmt teil. Einstimmig verurteilt man die Ereignisse des 23. August und kommt überein, den Rücktritt des Arbeitsministers Ernst Schwarzer Edler von Heldenstamm zu fordern, dessen Lohnkürzungen Auslöser der Massenproteste gewesen sind. Uneinigkeit besteht darin, an wen man sich denn mit der Forderung von Schwarzers Rücktritt wenden soll. Die einen meinen an den Kaiser, die anderen meinen an das Parlament. Marx meldet sich zur Wort und meint – an die Arbeiter und Arbeiterinnen.

Im Wortlaut ist seine Rede nicht überliefert, ihr Inhalt lässt sich aber rekonstruieren. Einen Bericht findet man in der Zeitschrift *Der Radicale*:

*„Herr Marx meinte, es sei gleichgültig, wer Minister sei, denn es handle sich hier wie in Paris um den Kampf zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat. Seine Rede war sehr geistvoll, scharf und belehrend. Herr Jellinek suchte Herrn Marx zu widerlegen. Er setzte die Verhältnisse den französischen scharf gegenüber. Daraus ergab sich ihm der Unterschied. Er wies auf eine überzeugende Art nach, daß die Wiener Arbeiter keine soziale Anschauung haben, daß sie in der Augustbewegung sich nur um fünf Kreuzer geschlagen haben.“*

In der amtlichen Wiener Zeitung vom 17. September wird gegen die gesamte Versammlung polemisiert, am vehementesten gegen Marx:

*„So wurde nach allen Seiten gewühlt – hatte doch ein fremder Doctor die Keckheit in einem hiesigen Verein, wo eben über die Absetzung der Minister debattirt wurde, Folgendes zu sagen: „Man hat bis jetzt nur von zwei hohen Gewalten gesprochen, an welche man sich wegen der Absetzung der Minister wenden will, an den Reichstag und an den Kaiser, die höchste Gewalt hat man aber vergessen: das Volk! Wir müssen uns an das Volk wenden, und es mit allen Mitteln bearbeiten. Wir müssen einen Sturm gegen das Ministerium heraufrufen, und auf alle Art, selbst mephistophelischen Mitteln dahin wirken. Wir müssen durch die Presse, durch Placate, durch Conversation dahinarbeiten. Mir sind die Worte unvergeßlich, denn sie enthüllen den ganzen Abgrund, alle Pläne dieser Partei.“ (Hervorhebung im Original)*

Marx führt in den zehn Tagen, die er in Wien verbringt, mit vielen führenden Linken Gespräche. Protokolle oder ähnliches gibt es nicht, über die konkreten Inhalte kann man deshalb nur spekulieren. Fest steht, dass Marx schon in seinen Artikeln in der Neuen Rheinischen Zeitung, für die einheitliche Aktion aller fortschrittlichen Kräfte flammende Plädoyers verfasst und die Haltung auch in den Meetings in der österreichischen Hauptstadt eingenommen hat. Solche einheitlichen Aktionen gibt es dann auch in Wien. Das Begräbnis der Toten vom 23. August wird zu einer mächtigen Demonstration aller relevanten politischen Player.

## Marx als Korrespondent der Wiener Freien Presse

Jahre später wendet sich der Redakteur und Mitgründer der bürgerlichen Neuen Freien Presse, Max Friedländer, an Marx. Der lebt mittlerweile in London und leidet unter chronischen Geldnöten. Erst schlägt er das Angebot aus, weil ihm die politische Tendenz seiner Artikel vorgegeben wird. *„Wenn der Friedländer mir die „Presse“ schickt, so daß ich zuvor sehe, wes Geistes Kind sie ist, und wenn die Kerls einen bloßen wöchentlichen Money article von mir wollen, wofür sie dann natürlich blechen müßten, könnte ich allenfalls auf die Sache eingehn. Von Politics kann keine Rede in diesem case sein“*, schreibt er am 22. Dezember 1857 an seinen Freund und Unterstützer Friedrich Engels. (MEW 29, 235)

Später, als keine Bedingungen mehr gestellt werden, nimmt er das Angebot an, in der Hoffnung, seine Finanzen als Korrespondent der führenden bürgerlichen Zeitung Österreichs aufzubessern.

*„Jetzt, all conditions laid aside, hat er das Angebot erneuert. Dies jedoch ist Nebensache, da es sich regelmäßig nur um 1 Artikel (20 fcs.) pro Woche handelt. Aber gleichzeitig werde ich ihr Telegrammschicker (in französischer Sprache), 10 fcs. pro Telegramm, und dies, obgleich zeitraubend, ist einträglich.“* (Marx an Engels, 16. April 1859, In: MEW 29, 420)

Die Zahlungsmoral der Presse dürfte aber nicht die beste gewesen sein: *„Der Esel Friedländer hatte aber die Hauptsache vergessen, nämlich ein Bankhaus anzuweisen“*, ärgert er sich in einem Brief drei Wochen später. (Marx an Engels, 6. Mai 1859, In: MEW 29, 429) Positiver äußert er sich über ihren Inhalt: *„Die Wiener „Presse“ ist für ein österreichisches Blatt unter gegebenen Umständen geschickt und anständig redigiert.“* (Marx an Engels, 18. Mai 1859, In: MEW 29, 431)

Namentlich gekennzeichnet erscheint keiner der insgesamt publizierten 52 Artikel von Marx in der Presse. Da und dort wird er lediglich als *„berühmter Deutscher Publicist“* bezeichnet.

## Spätere Jahre

Friedrich Engels ist in späteren Jahren derjenige, der sich wesentlich öfter und intensiver mit der österreichischen Innenpolitik beschäftigt und auch einen angeregten Briefwechsel mit Victor Adler, dem Gründer der österreichischen Sozialdemokratie, unterhält. Auf die österreichische Arbeiterbewegung, ihre revolutionäre Ungeduld, auch der Frauen, hält er große Stücke. In einem Brief schreibt er einmal:

*„Im ganzen und großen sind sie nicht so weit wie die Reichsdeutschen, aber sie sind lebendiger, französischer, zu großen Taten leichter hinzureißen, aber auch zu Dummheiten. Einzeln genommen ist mir der Durchschnitts-Östreicher lieber als der Durchschnitts-Reichsdeutsche, der Durchschnitts-Wiener Arbeiter als der Berliner, und was die Frauen angeht, so ziehe ich die Wiener Arbeiterinnen bei weitem vor; die sind von einer naiven Ursprünglichkeit, gegenüber der die Berliner*

*reflektierte Altklugheit unerträglich ist.*“ (Engels an Friedrich Adolph Sorge, 7. Oktober 1893, In: MEW 39, 132)

In seinen letzten Lebensjahrzehnt kommt auch Marx noch einige Male in die Donaumonarchie – nach Karlovy Vary, zu Deutsch: Karlsbad, nämlich. Im böhmischen Kurort hält er sich oft gleichzeitig mit einem gewissen Wilhelm Freiherr Marx von Marxberg auf. Der war damals der Wiener Polizeipräsident.

Als Marx am 14. März 1883 in London stirbt, erscheint ein dreispaltiger Nachruf auf der Titelseite der Neuen Freien Presse. Es wird kein gutes Haar an ihm gelassen. „*Marx war der Vater jener Sozialdemokratie, mit der es keinen Frieden und keine Versöhnung gibt*“, heißt zum Beispiel. Kein Wort davon, dass er Korrespondent der Zeitung war.



# Die Revolutionärin Jenny Marx

**T**schenny oder Jenny Marx – über die Aussprache gibt es unterschiedliche Sichtweisen – wird am 12. Februar 1814 als Johanna Bertha Julie Jenny von Westphalen geboren und stirbt 67-jährig am 2. Dezember 1881. An ihrem Grab sagt Friedrich Engels folgendes über sie:

*„Was eine solche Frau, mit so scharfem und so kritischem Verstande, mit einem politisch so sicheren Takt, mit solch einer leidenschaftlichen Energie, solch großer Kraft der Hingabe, in der revolutionären Bewegung geleistet, das hat sich nicht an die Öffentlichkeit vorgeedrängt, ist niemals in den Spalten der Presse erwähnt worden.“*

*Was sie getan hat, wissen nur die, die mit ihr gelebt haben. Aber ich weiß, dass wir oft ihre kühnen und klugen Ratschläge vermissen werden – kühn ohne Prahlerei, klug ohne der Ehre je etwas zu vergeben.*

*Von ihren persönlichen Eigenschaften brauche ich nichts zu sagen. Ihre Freunde kennen diese Eigenschaften und werden sie niemals vergessen. Wenn es jemals eine Frau gab, die ihr größtes Glück darin gesehen hat, andere glücklich zu machen, so war es diese Frau.“*

Sie scheint eine außergewöhnliche Frau gewesen zu sein, allerdings war die Zeit, in der Jenny Marx lebte und wirkte nicht arm an bedeutenden Frauen. Und auch nach ihrem Tod sind selbstbewusste Frauen der Kommunistischen Idee gefolgt.



Claudia Klimt-Weithaler ist Klubobfrau der KPÖ im steiermärkischen Landtag und Sprecherin der KPÖ Steiermark.

Frauen begannen sich aufzulehnen gegen die jahrhundertelange Unterdrückung des weiblichen Geschlechts und forderten ihr Recht auf Teilnahme am gesellschaftlichen und politischen Leben ein.

In der französischen Revolution bekannt gewordene Frauen wie Olympe de Gouges, aber auch tausende namenslose Frauen und Mädchen. Reformerrinnen wie Florence Nightingale und Kämpferinnen für soziale Gerechtigkeit wie Flora Tristan.

Später folgten Clara Zetkin und Rosa Luxemburg, die uns auch heute noch große Vorbilder sind.

Jenny Marx kämpfte nicht auf den Barrikaden. Doch sie war sicher die erste Frau in der Geschichte, die die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung verstand und von der Kraft der Klasse der Arbeiter und Arbeiterinnen überzeugt war. Sie verband ihr Leben bewusst mit dem revolutionären Kampf für den Sozialismus und stand als geschulte Marxistin auf der Höhe der geschichtlichen Erkenntnis ihrer Zeit.

Was weiß man über Jenny Marx?

Sie ist die Frau von Karl Marx und die Mutter seiner Kinder, entstammt einer Adelsfamilie, ist eine geborene „von Westphalen“, unterstützt ihren Mann als Sekretärin, Lektorin und Managerin.

Sie ist Revolutionärin.

Eleanor Marx, die jüngste Tochter, sagte über sie: *„Es ist keine Übertreibung, wenn ich sage, ohne Jenny von Westphalen hätte Karl Marx niemals der sein können, der er war.“*

## Leben und Wirken

Jenny Marx wird 1814 als Tochter des Landrates von Salzwedel, Ludwig von Westphalen und seiner Frau Caroline geboren. Ihr Vater wird 1816 nach Trier versetzt, wo die Familie künftig lebt. Dort lernt sie später auch Karl Marx kennen. Sie verloben sich heimlich 1836, sieben Jahre später heiraten sie in Kreuznach. Noch im selben Jahr gehen sie nach Paris, wo ihre erste Tochter auf die Welt kommt. Zu dieser Zeit schreibt Karl Marx sein erstes gemeinsames Werk mit Friedrich Engels: „Die heilige Familie“.

1845 erhält Marx nach der Publikation seiner kommunistischen Ideen den Ausweisungsbefehl, er muss mit seiner Familie Paris verlassen. In Brüssel wird ihre zweite Tochter geboren. Die finanzielle Situation spitzt sich zu. Heute weiß man, dass die Familie aus der prekären Lage de facto nie mehr ganz herauskommt. Gleichzeitig sind diese Jahre auch geprägt durch intensive politische Arbeit. 1846 kommt Helena Demuth als Haushaltshilfe zur Familie Marx. Sie bleibt bis zu ihrem Tod, erlebt alle Höhen und Tiefen und ist auch die Mutter eines unehelichen Sohnes von Karl Marx. Schon zu dieser Zeit ist Jenny alleine aufgetreten und hat damit einiges an Aufmerksamkeit erreicht. Kurz vor der Geburt ihres dritten Kindes nimmt sie am Neujahrsfest des Deutschen Arbeiterbildungsvereines teil. Am 31. Jänner 1847 war darüber in der *Deutsch-Brüsseler Zeitung* zu lesen:

*„Nach dem Bankett fand eine dramatische Vorstellung statt, worin*

*Frau Dr. Marx ihr geniales Deklamationstalent entwickelte. Es macht einen wohlthuenden Eindruck, wenn man ausgezeichnete Frauen für die Ausbildung des Proletariats wirken sieht.“*

Jenny Marx entwickelt sich aber auch immer mehr zur unersetzlichen Mitarbeiterin ihres Mannes. Sie überträgt Texte, redigiert sie und ist, was für ihn besonders wichtig ist, seine politische Vertraute. Mit ihr kann er diskutieren, sie ist sich der politischen Situation bewusst.

Durch schwere Missernten und eine tiefe Wirtschaftskrise wird die Lage für die Menschen immer dramatischer. Der Hass der arbeitenden Bevölkerung richtet sich gegen die Feudalgewalten und gegen die Bourgeoisie. In der ArbeiterInnenklasse wächst die Empörung. Auch die Landbevölkerung hungert und lebt in Not und Elend. Erstmals gewinnen Kommunistische Ideen an Boden. Schon im April 1847 gibt es erste Tumulte und Unruhen in Köln und Stuttgart. Unter diesen Bedingungen wird die Schaffung einer Partei der ArbeiterInnenklasse zur zwingenden Notwendigkeit.

Wie klar für Jenny die politische Lage ist, erkennt man durchaus auch an privaten Briefen, die sie zu dieser Zeit verschickt. Sie schreibt an Lina Schöler, die kurz davor von Jennys Bruder Edgar verlassen wurde am 17. Dezember 1847:

*„Die gesellschaftlichen Zustände werden mit jedem Tag schrecklicher und es ist nicht bloß eine Schwierigkeit, ja es ist fast eine Unmöglichkeit geworden, dass sich junge Leute eine sorglose, selbständige Existenz verschaffen können.*

*Tausende haben wie Edgar ihr Glück in der Ferne gefunden, Hunderttausende strömen täglich ihnen nach und diejenigen, die zurückbleiben, müssen in den meisten Fällen zu untergeordneten, ihnen widerstrebenden Beschäftigungen ihre Zuflucht nehmen. Wir gehen alle sicheren Schritts den Zeiten der Auflösung sozialer Umgestaltung entgegen...“*

Die Zeiten werden härter und stürmischer.

## **Das Manifest der Kommunistischen Partei**

Im Juni 1847 gibt sich der Bund der Gerechten auf einem Kongress in London, an dem auch Friedrich Engels teilnimmt, den Namen „Bund der Kommunisten“. Der Entwurf eines neuen Statuts wird beraten und die Herausgabe eines Programms angekündigt.

Am zweiten Kongress des Bundes nahm auch Karl Marx teil, nachdem Jenny für ihn das finanziell ermöglicht hat. Er und Engels tragen dort ihre Theorie und ihre Gedanken über die Aufgaben der arbeitenden Menschen in der kommenden Revolution vor.

Jenny kümmert sich inzwischen „um alles andere“ – sie kümmert sich um seine Manuskripte, korrespondiert und verhandelt. Sowohl „Das Elend der Philosophie“ als auch das „Kommunistische Manifest“ gehen durch ihre Hände. Ihr Engagement im deutschen Arbeiterbildungsverein bleibt ungebrochen. All das geschieht, während

Jenny Marx inzwischen drei Kleinkinder versorgt und sich um den gesamten Haushalt kümmert.

### **Leben in Paris, Köln und London**

Im März 1848 werden Jenny und Karl Marx aufgrund ihrer Arbeit und Publikationen verhaftet und aus Belgien ausgewiesen. Ihre nächsten Stationen sind Paris und Köln, im August 1840 kommen sie in London an. Im selben Jahr wird das vierte Kind geboren, 1851 bekommt die Haushälterin Helena Demuth einen Sohn, von dem man weiß, dass er ein uneheliches Kind von Karl Marx ist. Für Jenny ist der Betrug ein großer Vertrauensbruch, von dem sie sich psychisch nie mehr ganz erholt. Trotzdem bleibt sie bei ihrem Ehemann und arbeitet weiterhin mit ihm zusammen. Er schreibt für die New York Daily Tribune, sie wickelt seine Korrespondenz ab und bereitet seine Artikel für den Druck vor. Erstmals verbessert sich die finanzielle Situation der Familie, 1855 kommt das fünfte Kind auf die Welt.

Aus der Zeit im Londoner Exil ist über Jenny Marx folgendes bekannt:

*„Trotz angegriffener Gesundheit stand Jenny gleich nach der Ankunft in der englischen Hauptstadt wieder in der politischen Arbeit. Einen Tag, nachdem sie angekommen war, hatte der deutsche Arbeiterbildungsverein in London ein Unterstützungskomitee für Flüchtlinge gegründet, dessen Vorsitzender war Karl Marx. Er widmete dem Verein ebenso wie Jenny und Friedrich Engels viel Kraft.*

*Es kamen scharenweise Flüchtlinge aus Italien, Polen, Ungarn, Frankreich und Deutschland nach England. Jennys Landsleute, für die das deutsche Komitee einzutreten hatte, waren alle in bitterster Not. Für jene, die in England blieben, musste Arbeit gefunden werden. Andere wollten nach Amerika. Sie brauchten Reisegeld. Das Komitee sammelte Gelder in Deutschland und England, suchte Unterbringungsmöglichkeiten, schuf ein Wohn- und Speiseheim.*

*Viele Flüchtlinge kamen in die Marxsche Wohnung. Manche fanden für mehrere Tage Aufnahme, andere ein warmes Essen, alle aber fanden Rat und Hilfe für die Neuregulierung ihres Lebens, ein gutes Wort, Aufmunterung, eine Stunde Lachen. Ihre politische Überzeugung wurde gefestigt, ihr Glaube an den endlichen Sieg der ArbeiterInnenklasse gestärkt. Das war bitter nötig, denn die GenossInnen bedurften nach der Niederlage mehr denn je der politischen Leitung und der theoretischen Schulung.“*

(Aus: Luise Dornemann: „Jenny Marx – Der Lebensweg einer Sozialistin“, Berlin 1984)

### **Zur Kritik der politischen Ökonomie, Herr Vogt und Das Kapital**

Zwischen 1855 und 1860 erleidet die Familie mehrere Schicksalsschläge: 1855 stirbt der erstgeborene Sohn Edgar, 1857 kommt ein weiteres Kind auf die Welt, das nur wenige Stunden lebt. Jenny erkrankt drei Jahre später schwer an Pocken. Erst nach ihrer Gene-



sung und mit der Veröffentlichung des ersten Bandes des Kapitals, geht es wieder bergauf. An den Werken „Zur Kritik der politischen Ökonomie“, „Herr Vogt“ und „Das Kapital“ arbeitet Jenny mit. Im September 1872 nimmt sie am Haager Kongress der Internationalen Arbeiterassoziation teil. Sie veröffentlicht Artikel über das Londoner Theaterleben in der Frankfurter Zeitung, ähnliche Artikel in der Wiener Zeitschrift Der Sprudel.

Trotz ihrer persönlichen Schwierigkeiten lässt sich Jenny Marx nicht unterkriegen.

Neben ihrer Arbeit für Marx – sie bezeichnet sich in dieser Zeit selbst gerne als „sein Sekretär“ – taucht sie bei wichtigen politischen Veranstaltungen alleine auf und veröffentlicht immer wieder Arbeiten von sich.

Zusammengefasst kann man folgendes sagen:

Das Leben von Jenny Marx ist das Leben einer Sozialistin adeliger Herkunft an der Seite eines der wirkungsmächtigsten Denker der Neuzeit.

### **Dennoch Karl, ich fühl keine Reue**

Die Veröffentlichung von Marx Arbeiten zu seinen Lebzeiten sind nicht zuletzt auch seiner Frau zu verdanken, die in mühevoller Kleinarbeit die unleserliche Handschrift ihres Mannes zu druckfähigen Vorlagen macht. Diese Tätigkeit wäre ohne Mitdenken und Mitwissen unmöglich gewesen. Während sich Marx allein auf seine politisch-wissenschaftliche Arbeit konzentriert, muss sich Jenny darüber hinaus noch um das tägliche Leben und die Erziehung der Kinder kümmern. Die permanente Armut und der Tod vier ihrer Kinder zermürbt sie letztendlich.

Jenny Marx stirbt am 2. Dezember 1881 an Krebs.

Sie ist kein bloßes Anhängsel ihres berühmten Mannes. Sie teilt seine Weltanschauung und arbeitet mit ihm zusammen. Sie analysiert eigenständig und veröffentlichte Artikel – Texte über die Revolution in Deutschland ebenso wie Theaterkritiken.

Sie ist Sekretärin, Lektorin und Managerin von Karl Marx, seine Gefährtin, die Mutter seiner Kinder. Sie ist Revolutionärin.



# Karl Marx als „Waffenstudent“

Der aus Trier stammende Karl Marx schloss sich – so eine durchaus begründete Vermutung – am Beginn seiner Bonner Studentenzeit 1835 der landsmannschaftlich geprägten Tischgesellschaft der Treveraner (Trier),<sup>1</sup> die sich 1838 zum Corps Palatia wandelte,<sup>2</sup> an. Eine studentische Landsmannschaft, die sich zum Corps wandelt, klingt heutzutage anrühlich. Aus der Zeit heraus wird dieser Schritt verständlich. Zum Studium in eine fremde Stadt gezogen, suchten Studenten zunächst vertraute soziale Kontakte. Diese pflegte man am Besten im Verkehr unter unmittelbaren Landsleuten vergleichbar jenen Emigranten, die sich in der neuen Welt landsmannschaftlich organisierten. Noch im späten 18. Jahrhundert war diese soziale Anbindung während des Studiums auf den jeweiligen Studienort beschränkt. Marx wechselte nach einem Jahr an die Berliner Universität. In Bonn, so scheint es, führte er ein typisches Studentenleben seiner Zeit. Über die damals modernen studentischen Kränzchen, die sich an der modischen Freimaurerei des 18. Jahrhunderts orientierten, kam die Idee der Lebensfreundschaft auf. Man wählte sich einen Freundeskreis und blieb diesem über den Studienabschluss hinaus verbunden. An die Stelle der gemeinsamen Herkunft aus einer Region begann nun jene Entwicklung, die den Freundesbund an sich hervorhob. Den alten Landsmannschaften traten nun die Corps gegenüber. Die Treveraner vollzogen diesen Wandel nach seinem Abgang. Marx, so heißt es, wurde wegen „nächtlichen Lärmens und Trunkenheit“ zu einer Karzerstrafe, also einem Einsitzen im universitätseigenen Gefängnis,



Univ.-Prof. Dr. Dieter A. Binder ist Historiker an der Karl-Franzens-Universität Graz und der Andrassy-Universität Budapest.

verurteilt und schließlich wurde gegen ihn wegen des Tragens eines Säbels ermittelt, da dieses als streng verbotener Versuch einem Duell oder einer Mensur beizuwohnen, gewertet wurde. Man kann davon ausgehen, dass er am charakteristischen Studentenleben seiner Zeit lebhaft teilgenommen hat.

Studentenleben muss als Umwandlungsritus gelesen werden. Mit dem Studienbeginn an der Universität Göttingen setzte ein Erstsemestriger 1832 scheinbar bewusst diesen Schritt. *„An einem schönen Sommernorgen stand ich mit mehreren Corpsbrüdern auf der Weenderstraße [...], als vom Universitätsgebäude [...] her eine sechs Fuß lange Gestalt, sehr schmal und dünn von Wuchs, in einen langen, hellen, enganliegenden Nankingrock ohne Taille gekleidet, auf unsere Gruppe zukam. Die hagere Figur sah in dem bis auf die Füße gehenden Rock so überaus komisch aus, dass wir in lautes Gelächter ausbrachen. Der Besitzer des seltsamen Kleidungsstückes wandte sich sofort um, trat rasch auf uns zu, nannte seinen Namen, ‚von Bismarck‘, und sagte: ‚Sie sind alle dumme Jungen!‘ Das war Tusch, kommentmäßiger Tusch [...]. Die Sache nahm den üblichen Verlauf, doch war meinen Corpsbrüdern, die meist schon in höheren Semestern standen, die Kontrahage mit einem so krassen Fuchs nicht gerade angenehm [...].“<sup>43</sup>*

In seinen Erinnerungen zeichnet der Provokateur diesen Weg nach. *„Doch blieb mein deutsches Nationalgefühl so stark, daß ich im Anfang der Universitätszeit zunächst zu Burschenschaft in Beziehung geriet, welche die Pflege des nationalen Gefühls als ihren Zweck bezeichnete. Aber bei persönlicher Bekanntschaft mit ihren Mitgliedern mißfielen mir ihre Weigerung, Satisfaktion zu geben, und ihr Mangel an äußerlicher Erziehung und an Formen der guten Gesellschaft, bei näherer Bekanntschaft auch die Extravaganz ihrer politischen Auffassungen, die auf einen Mangel an Bildung [...] beruhte: ich hatte den Eindruck einer Verbindung von Utopie und Mangel an Erziehung.“<sup>44</sup>* Geprägt von seiner Herkunft sprang Bismarck schließlich in ein Corps ein, da ihm das Milieu der Burschenschaft zu wenig standesgemäß erschien.

Die Ur-Burschenschaft, hervorgegangen aus den Kämpfen gegen die französische Hegemonie, verstand sich seit ihrer Gründung in Jena am 12. Juni 1815 als Avantgarde der deutschen Nationalbewegung und als Kämpfer für eine Demokratisierung der Gesellschaft. Sie verstand sich als politischer Stoßtrupp. Indem man gegen die landsmannschaftliche Zersplitterung der Studentenschaft auftrat, erhob man den Anspruch auf die Repräsentation aller deutschen Studenten. Dem Snobismus der Corps stellte man den egalitären Gedanken einer einigen Studentenschaft gegenüber, innerhalb deren Reihen ständische Binnendifferenzierungen keinen Platz hatten. Als bürgerliche emanzipatorische Bewegung stand man im Widerspruch zu der absolutistisch geprägten Herrschaftsordnung der deutschen Kleinstaaterei. Am Wartburgfest 1817 positionierte man sich erstmals in der Öffentlichkeit als Dachverband aller deutschen Studenten. In einer *„Mischung aus protestantischem Gottesdienst und politischer*

*Kundgebung*<sup>45</sup> postulierte man ein Programm, in dem das nationale Einigungsbekanntnis mit ökonomischen Begründungen im Stile von (Daniel) Friedrich List an der Spitze stand, gleichsam als eine „Walhalla mit Exportabteilung“, um Karl Kraus zu zitieren. Das Bekenntnis zur Freiheit und Gleichheit implizierte die Forderung nach einer Konstitution, nach einer Verfassung, die vom Volk auszugehen hätte und an die der Fürst gebunden wäre. Symbolträchtig verbrannte man im Rahmen des Wartburgfestes die Makulaturen unterschiedlicher Schriften wie jenen der Theoretikern der Restauration und die Statuten der „Adelskette“, einer 1815 installierten Vereinigung zur Re-Etablierung alter aristokratischer Vorrechte, oder der „Germanomanie“ des jüdischen Aufklärers Saul Ascher, einer markanten Abrechnung der romantisierenden Deutschtümelei, einen hessischen Soldatenzopf, einen Schnürleib eines preußischen Ulanen und einen österreichischen Korporalsstock als Symbole sinnentleerten Drills und als Symbole reaktionärer Gesinnung. Dem Bild der alten fürstlichen Armeen, die im Kampf gegen Napoleon gescheitert waren, setzte man die deutsche *levée en masse*, den Landsturm und das Erinnern an die studentischen Freikorps entgegen.

Das Verbot der Burschenschaft in den Karlsbader Beschlüssen – sie waren die Antwort auf das politisch motivierte Attentat Karl Sands auf den Schriftsteller und russischen Generalkonsul August von Kotzebue, bzw. auf die antisemitischen Hep-Hep-Krawalle in vielen Städten des Deutschen Bundes 1819 – konnte die Weitergabe der Forderung nach nationaler Einheit und nach einer modernen Verfassung nicht unterbinden. Die vagierenden Studenten gaben diese an die nachwachsende Generation ebenso weiter wie an jene Kreise, in denen sie nach Abschluss ihres Studiums verkehrten. Die Mobilisierung zur Nation lief über Press-, Turn-, Gesangs- und Frauenvereine, über die Universitäten und deren Absolventen, die im höheren Schuldienst wiederum jene Lehrerschaft ausbildeten, die diese Gedanken in den Grundschulen implementierten. Diese Ideenwelt erreichte das aufstrebende Bürgertum, dem der wirtschaftliche Nutzen eines Großstaates nicht weiter erklärt werden musste. Die Melange aus der Forderung nach einem Gesamtstaat und einer Verfassung evozierte im Hambacher Fest 1832 den Schulterchluss zwischen dem liberalen Bürgertum und der Studentenschaft, zwischen bäuerlichen Kreisen und der bedrängten Unterschicht. Gleichzeitig demonstrierte die Teilnahme englischer, polnischer und französischer Delegationen den sich mehrenden Widerstand gegen das System der Heiligen Allianz und mündete letztlich im europäischen Revolutionsjahr 1848.

Der März 1848 begann als ein Aufstand aller sozialer Schichten gegen das feudale System. Die Bauern revoltierten ebenso wie das städtische Proletariat, das Bürgertum forderte ebenso Rechte ein wie die Handwerker. Ernst Bruckmüller zeichnet diese Situation am Wiener Beispiel. *„Die Organisation des 13. März übernahmen die Studenten – über die Aula liefen die Verbindungslinien in die Vor-*

*städte, wo es galt die Handwerker und die Arbeiter zu mobilisieren“.<sup>6</sup> Für kurze Zeit wurde im Kampf um die Verfassung die Einheitsfront aller sozialen Schichten im Widerstand gegen das feudale System sichtbar. Doch als der Aufstand zum Maschinensturm wurde, als Fabriken brannten und nicht nur Ämter, sondern auch Schlösser und Bürgerhäuser geplündert wurden, zerbrach diese Koalition schrittweise. Die Nationalgarde, in der sich das Bürger- und Kleinbürgertum einen bewaffneten Arm schufen, und die Akademische Legion, „also die bewaffnete Studentenschaft“,<sup>7</sup> waren janusköpfig. Einerseits suchte man die Errungenschaften der Revolution zu sichern, die Verfassungsgebung voran zu treiben, andererseits partizipierte man mit Zustimmung der bedrängten Obrigkeit am staatlichen Gewaltmonopol und trat als militarisierte Ordnungsmacht auf. Wolfgang J. Mommsen zeichnet diese Verschiebung der Interessenslage präzise: „Nur wenige Wochen zuvor war das allgemeine und gleiche Wahlrecht vielerorts noch als Inkarnation der Anarchie angesehen worden; jetzt war es das Mittel, um alle Deutschen unterschiedlichen Standes [...] auf ein gemeinsames Ziel zu einigen, nämlich die Einigung der Deutschen in einer freiheitlichen Staatsordnung konstitutionellen Zuschnitt.“<sup>8</sup> Das Bildungsbürgertum und die aus deren Reihen rekrutierte Studentenschaft setzten ihre Hoffnungen auf die Nationalversammlung und prägten die Paulskirche. Dieser Befund gilt für die deutschen Staaten ebenso wie für das habsburgische Territorium. Der Angriff auf das Kapital und das Privateigentum ließ das Wirtschaftsbürgertum rasch auf Distanz gehen und perforierte es für die Kollaboration mit den ultrakonservativen Regierungen, die die Revolution ab dem Herbst 1848 systematisch zurückzudrängen vermochten. Außerhalb des Kaisertum Österreichs kehrte man zwar nicht zum status quo ante zurück, doch unterminierte man in den deutschen Landen durch Zensur und Repression die konstitutionellen Verfassungsordnungen. Der österreichische Neoabsolutismus und die ultrakonservativen deutschen Regierungen köderten das Wirtschaftsbürgertum mit liberalen Tendenzen in den wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Ab den frühen 1860er Jahren machte man überdies den Weg schrittweise frei, um nun unter obrigkeitsstaatlicher Kontrolle an politische Strukturen von 1848/49 anzuknüpfen. Im habsburgischen Territorium bediente man sich dabei trotz der bürgerlichen Freiheiten und Rechte im Staatsgrundgesetz bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts des Kurienwahlrechts, das bis zum Ende der Doppelmonarchie im Königreich Ungarn erhalten blieb. Diese Maßnahmen forcierten die Ausprägung einer stark konturierten Klassengesellschaft und den weitgehenden Ausgleich des Bürgertums mit der Monarchie. Und die Studentenschaft war ein integraler Bestandteil des Bürgertums.*

Verfagen in einem Umwandlungsritus interpretierte die Mehrheit der Studentenschaft ihre partielle Teilhabe an den Ereignissen von 1848/49 nicht als eine Wegmarke im Scheitern der Demokratisierung der Gesellschaft, sondern als eine Bestätigung ihres Anspruches,

Avantgarde der bürgerlichen Gesellschaft zu sein. Die obrigkeitsstaatlichen Reformschritte ab den 1860er Jahren las man als Erfolg der eigenen Anstrengungen, man implizierte damit eine weitgehende Übereinstimmung mit den Intentionen der politischen Elite.

Wieso wandte sich Marx nicht der Burschenschaft zu? Wieso blieb er, wie ein tatsächlich wohl begründeter Verdacht erzählt, seinem Corps ein Leben lang verbunden? Die Burschenschaft bzw. die Burschenschaften forderten ein normiertes politisches Verhalten ein. Die Corps aber mischten sich nicht in die politische Haltung ihrer Mitglieder ein. So wie in der Freimaurerei Streitgespräche über Religion und Politik unzulässig waren, fokussierten auch diese auf den „Bund der Freundschaft“. Dass sie dann letztlich im späten 19. Jahrhundert dem lärmenden Charme der wilhelminischen Bourgeoisie wie die Burschenschaften erlagen, traf den Dr. Karl Marx im englischen Exil nicht mehr.

- 1 Manfred Schöncke, „Ein fröhliches Jahr in Bonn“? Was wir über Karl Marx' erstes Studienjahr wissen, in: Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge 1994, Hamburg 1994, S. 239–255.; Ingrid Bodsch (Hg.), Dr. Karl Marx. Vom Studium zur Promotion – Bonn, Berlin, Jena, Bonn 2013.
- 2 Klara van Eyll, 150 Jahre Corps Palatia Bonn 1838–1988, Bonn 1988.
- 3 C[histian] W[ilhelm] Allers, Hans Kraemer, Unser Bismarck, Stuttgart/Berlin/Leipzig [1895], S. 144f.
- 4 Otto von Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Stuttgart/Berlin 1898, 39f.
- 5 Etienne François, Die Wartuburg, in: Etienne François, Hagen Schulze (Eds.), Deutsche Erinnerungsorte, München 2009, Bd. 2, S. 157.
- 6 Ernst Bruckmüller, Sozialgeschichte Österreichs, Wien/München 1985, S. 348.
- 7 Bruckmüller, Sozialgeschichte, S. 349.
- 8 Wolfgang J. Mommsen, Die Paulskirche, in: François, Schulze, Erinnerungsort, Bd. 2, S. 48.





# Marx und Engels zur Wohnungsfrage

**D**ie Werke von Karl Marx und seinem Gefährten Friedrich Engels sind für uns keine Heilige Schrift, sondern eine Anleitung zum Handeln. Deshalb müssen wir ihre Schlussfolgerungen – wie sie es auch selbst getan haben – immer wieder anhand der wirklichen Bewegung, nämlich der gesellschaftlichen Entwicklung überprüfen.

Dabei stößt man aber auch auf Erstaunliches. So hat Friedrich Engels in seiner 1872 erstmals erschienenen Schrift „Zur Wohnungsfrage“ festgestellt: „Der Kern sowohl der großbürgerlichen wie der kleinbürgerlichen Lösung der „Wohnungsfrage“ ist das Eigentum des Arbeiters an seiner Wohnung“.

Dieser Satz liest sich wie ein Kommentar zum Wohnungskapitel des Programms der jetzigen schwarz/blauen Bundesregierung. Dort heißt es nämlich auf Seite 47: „Wir müssen alles unternehmen, dass wieder vermehrt Wohnraum im Eigentum erworben werden kann, denn Eigentum ermöglicht ein selbstbestimmtes, abgesichertes Leben.“

Karl Marx und Friedrich Engels haben, indem sie die Bewegungsgesetze des Kapitalismus und die Entwicklung seiner Widersprüche entdeckt und erforscht haben, viel dazu beigetragen, die Scheinheiligkeit solcher und ähnlicher Versprechungen aufzudecken.

Auch im monumentalen Werk „Das Kapital“ widmet sich Karl Marx im Kapitel „Das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation“ (Band 1) der Wohnungsfrage und stellt etwas fest, was auch heute noch wichtig ist, wenn wir unsere Politik erarbeiten: *„Der innere Zusammenhang zwischen Hungerpein der fleißigsten Arbeiterschichten und auf kapitalistischer Akkumulation begründetem, grobem oder raffiniertem Verschwendungskonsum der Reichen enthüllt sich nur mit Kenntnis der ökonomischen Gesetze. Anders mit dem Wohnungszustand. Jeder unbefangne Beobachter sieht, dass je massenhafter die Zentralisation der Produktionsmittel, desto größer die entsprechende Anhäufung von Arbeitern auf demselben Raum, dass daher, je rascher die kapitalistische Akkumulation, desto elender der*



Franz Stephan Par-teder war Sekretär des KPÖ-Gemeinderatsklubs in Graz, Bezirksvorsteher-Stellvertreter von Graz-Innere Stadt und von 1991 bis 2011 Vorsitzender der KPÖ Steiermark.

*Wohnungszustand der Arbeiter.*“ (MEW. Bd.23, S.686)

In die heutige Zeit übersetzt bedeutet das: Wohnen ist (neben der Umwelt) jener Bereich des gesellschaftlichen Lebens, bei dem die Menschen nicht glauben, dass der Markt alles regeln kann und soll. Jeder und jede braucht ein Dach über dem Kopf, eine Wohnung, die man sich von einem durchschnittlichen Einkommen auch leisten kann. Marx stellt (angesichts der englischen Zustände im 19. Jahrhundert) fest: *„Der antagonistische Charakter der kapitalistischen Akkumulation und daher der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse überhaupt wird hier so handgreifbar, dass selbst die offiziellen englischen Berichte über diesen Gegenstand wimmeln von heterodoxen Ausfällen auf das ‚Eigentum und seine Rechte‘.“* (ebd.)

Und er gibt – im dritten Band auf Seite 784 – einen sehr optimistischen Ausblick auf die Zukunft: *„Vom Standpunkt einer höhern ökonomischen Gesellschaftsformation wird das Privateigentum einzelner Individuen am Erdball ganz so abgeschmackt erscheinen wie das Privateigentum eines Menschen an einem andern Menschen. Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie ... den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen.“*

Die von Marx für das 19. Jahrhundert beschriebene Tendenzen – sprunghaftes Wachstum der großen Städte, knapper Wohnraum, neue Bevölkerungsschichten, die auf den Arbeitsmarkt drängen – treffen auch auf die heutige Zeit zu. Und auch die Ursache für die massenhaften Spekulationsgewinne hat sich nicht geändert. Es ist die städtische Grundrente.

Im dritten Band hat Friedrich Engels die Aussagen von Karl Marx zu diesem Thema zusammengefasst. Obwohl sich der Großteil dieses Abschnittes mit der Landwirtschaft unter kapitalistischen Bedingungen auseinandersetzt, sind diese Passagen auch für unser Thema relevant. Was verstehen wir unter Grundrente? Im Unterschied zur kapitalistischen Warenproduktion, für die es keine räumlichen Begrenzungen gibt, ist Grund und Boden nicht vermehrbar. Daraus entsteht ein Extraprofit, den schon bürgerliche Politökonomen vor Marx als Grundrente bezeichnet haben. Wer Grund und Boden in einer rasch wachsenden Stadt besitzt, kann daraus enorme Profite geschlagen, weil damit gehandelt wird wie mit jeder Ware, obwohl er (im eigentlichen Sinn keinen Wert hat, weil er nicht Produkt menschlicher Arbeit ist). Solange es aber keine Eingriffe in das Eigentum gibt, ist das Immobiliengeschäft sehr profitabel, vor allem wenn man alle Kosten auf die Menschen überwälzen kann, die eine Wohnung brauchen, über die Miete, aber auch über die Kosten für eine Eigentumswohnung. Private Immobilienkonzerne sind besonders parasitäre Erscheinungsformen des Kapitalismus in seiner heutigen Entwicklungsstufe. Die Überführung von Grund und Boden in gesellschaftliches Eigentum erscheint derzeit eine Utopie zu sein. Die

Exzesse der Immobilienkonzerne und der Banken auf diesem Gebiet und auch die immer wieder entstehenden Immobilienblasen zeigen aber, dass bereits eine krisenhafte Situation entstanden ist. Wohnen wird immer teurer, die Profite, die man aus der Wohnungsnot ziehen kann, werden immer größer, elementare Lebensbedürfnisse können von der Mehrheit der Menschen nur mehr mit Krediten finanziert werden, die sie nicht mehr zurückzahlen können, wenn es zu Krisen kommt. Auf dem Boden der jetzigen Gesellschaftszustände ist keine Lösung der Wohnungsfrage in Sicht.

Friedrich Engels hat das in seiner Schrift „Zur Wohnungsfrage“ mit folgenden Worten festgestellt: *„In Wirklichkeit hat die Bourgeoisie nur eine Methode, die Wohnungsfrage in ihrer Art zu lösen – das heißt, sie so zu lösen, dass die Lösung die Frage immer wieder von neuem erzeugt.“*

Genau das hat die Bundesregierung mit ihrem neuen Mietrecht vor.

Die von mir schon zweimal zitierte Arbeit von Friedrich Engels wurde im Jahr 1872 vom sozialdemokratischen Zentralorgan „Der Volksstaat“ als Artikelfolge erstmals veröffentlicht und 1873 als Separatdruck mit dem Titel „Zur Wohnungsfrage“ zusammengefasst. Generationen von Marxistinnen und Marxisten haben sich positiv auf diese Schrift bezogen, die – eingebettet in eine Polemik mit pro-unionistischen und bürgerlichen Rezepten zur Überwindung der Wohnungsnot – einige Grundfragen unserer Bewegung klarstellt.

Die Wohnungsnot ist eine Erscheinungsform der ausbeuterischen Wesensart des Kapitalismus. Aber gerade weil diese Wesensart sich hier in einer verschleierte Form zeigt, weil unter der Wohnungsnot nicht nur die Arbeiter, sondern auch andere Bevölkerungsschichten leiden, gibt es sehr viele Vorschläge und Versuche, die Wohnungsfrage auf dem Boden des bestehenden Gesellschaftssystems umfassend zu lösen.

Dagegen tritt Engels auf und sagt am Ende des zweiten Abschnittes seines Werkes: *„Und solange die kapitalistische Produktionsweise besteht, solange ist es Torheit, die Wohnungsfrage oder irgendeine andre das Geschick der Arbeiter betreffende gesellschaftliche Frage einzeln lösen zu wollen. Die Lösung liegt aber in der Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise, in der Aneignung aller Lebens- und Arbeitsmittel durch die Arbeiterklasse selbst.“* (Marx/Engels. Ausgewählte Werke. Bd. 4, S. 251. Berlin 1986).

Das bedeutet aber nicht, sagt Engels, dass man auf Verbesserungen auf diesem Gebiet verzichten soll. Über Schutzgesetze, wie Gesundheits- und baupolizeiliche Inspektion der Arbeiterwohnungen, Übertragung der Befugnis an die Behörden, gesundheitsgefährliche und baufällige Wohnungen zu schließen, hat er folgende Meinung: *„Das fragliche Gesetz, wie manche andere in England, hat nur die Bedeutung, dass es in den Händen einer von den Arbeitern beherrschten oder gedrängten Regierung, die es endlich wirklich anwendet, eine mächtige Waffe sein wird, in den gegenwärtigen sozialen Zustand Bresche zu legen.“*

Es gibt für Engels eine wichtige Vorbedingung für ein „praktisches Herangehen“ an die Wohnungsfrage: „Der erste Schritt beim Herantreten an die bestimmten konkreten Verhältnisse der Gesellschaft besteht doch wohl darin, dass man sie kennenlernt, dass man sie nach ihrem bestehenden ökonomischen Zusammenhang untersucht.“

Die Erscheinungsform des kapitalistischen Gesellschaftssystems hat sich seit Engels' Zeiten stark verändert. Verursacht durch die Existenz von sozialistischen Ländern und durch eine starke Arbeiterbewegung in Westeuropa gab es zuerst eine bedeutende Besserstellung für die Mehrheit der Bevölkerung auch auf dem Wohnungssektor (Mieterschutz, Begrenzung von Wohnungskosten, kommunaler Wohnbau). Gleichzeitig wurden nach dem zweiten Weltkrieg bei uns arbeitende Menschen massenhaft zu Eigentümern gemacht. Man darf die Augen nicht davor verschließen, dass viele von ihnen Eigenheime besitzen oder Wohnungseigentümer in Genossenschaftswohnungen sind.

Beginnend mit dem letzten Viertel des 20. Jahrhunderts werden die sozialpolitischen Errungenschaften auch auf dem Wohnungssektor immer stärker und in immer schnellerem Tempo zurückgenommen. Seit dem Beginn der großen Krise 2008 gehören auch die Berichte über Austreibungen von verschuldeten Menschen aus ihren Häusern und Wohnungen fast schon zum Alltag. Wohnen macht wieder arm, während die Profiteure der Eigentümer großer Wohnungsgesellschaften stark anwachsen. Dies ist auch die Folge der massenhaften Privatisierung von kommunalen Wohnungsgesellschaften und von Werkswohnungen.

Ein praktischer Ansatz für fortschrittliche Wohnungspolitik ist auch im 21. Jahrhundert ohne eine Analyse der konkreten ökonomischen Verhältnisse nicht möglich, weder auf europäischer, gesamtstaatlicher noch auf kommunaler Ebene. Gleichzeitig bedeutet die Tatsache, dass unsere Bewegung weit davon entfernt ist, die „Kommandohöhen“ des Staates und der Wirtschaft zu besetzen, dass fortschrittliche Wohnungspolitik zwar über das Bestehende hinausweisen muss, dass es ihr aber nicht möglich ist, sich über die geschriebenen und die ungeschriebenen Gesetze hinwegzusetzen, die in unserer Gesellschaft gelten.

Vor diesem Widerspruch darf man nicht kapitulieren. Wer aber unter Hinweis auf die oben zitierte Feststellung von Friedrich Engels darauf verzichtet, gemeinsam mit vielen Betroffenen gegen den Sozialabbau auf dem Gebiet des Wohnens zu kämpfen oder für konkrete Verbesserungen einzutreten, macht genau das. Er betreibt eine Politik der revolutionären Phrase, die rasch zur Abkapselung einer selbst ernannten Elite von der Masse der Bevölkerung führt. Wir kennen dergleichen zur Genüge. Gerade kleine Parteien unseres Typs sind davor nicht gefeit.

Wer aber die Schranken, die der bürgerliche Staat aufgerichtet hat, verinnerlicht und nicht mehr darüber hinaus denkt, der landet sehr schnell auf sozialdemokratischen Positionen und unterwirft sich öko-

nomischen und finanziellen Sachzwängen, die eine fortschrittliche Wohnungspolitik in letzter Konsequenz nicht mehr möglich machen. Eine Folge dieser Fehllhaltung ist es, dass sich der Zorn der Opfer von Wohnungsnot und teuren Mieten nicht gegen die eigentlichen Verursacher wendet, sondern gegen Politiker, die nicht in der Lage sind, ihre Wahlversprechen umzusetzen.

Ohne Einbettung in ein Konzept, das auf eine grundlegende Umwälzung der bestehenden Gesellschaftsordnung hinausläuft, ohne marxistischen Kompass – und (was gleich wichtig ist) ohne grundlegende Kenntnisse der konkreten Bedingungen, unter denen wir arbeiten, ist fortschrittliche Wohnungspolitik schnell zum Scheitern verurteilt.

Elke Kahr hat auf einer Tagung zur Zukunft des Sozialen Wohnbaus am 12. Mai 2012 in Graz die Positionen der steirischen KPÖ dargelegt: „Wohnen ist ein Grundbedürfnis der Menschen. Dieses Grundbedürfnis darf nicht den Anforderungen des Markts und den Vorstellungen von Spekulanten und Profitentwicklern untergeordnet werden, die nur ein Ziel kennen: Die Rendite.“

Die Auseinandersetzungen auf dem Wohnungssektor sind nicht nebensächlich, sondern wichtige Bestandteile des großen gesamtgesellschaftlichen Kampfes. Wenn es gelingt, die Angriffe auf den sozialen Wohnbau, die gerade auf breiter Front geführt werden, abzuwehren, wenn wir es schaffen, konkrete Beispiele dafür zu entwickeln, dass es auch anders geht, dann ist schon viel erreicht.

Unser Ziel bleibt die Wiederaufnahme des sozialen Wohnbaus durch die Gemeinden und die Gebietskörperschaften selbst. Das ist nur bei einer grundlegenden Veränderung des Kräfteverhältnisses möglich.

Wir treten dafür ein, dass das Wohnungswesen als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge organisiert und so weit wie möglich den Marktmechanismen entzogen wird. Wohnen darf keine Ware wie jede andere sein.

Unsere Arbeit in Graz ist Teil einer Bewegung, die den arbeitenden Menschen und der großen Mehrheit der Bevölkerung ein Bewusstsein ihrer Kraft und Bedeutung geben und die Angriffe auf ihre sozialen Rechte abwehren will.“

Deshalb setzen wir den Vorstößen von Schwarzblau für ein marktkonformes Mietrecht unsere Forderungen entgegen und arbeiten daran, eine breite Bewegung für ein soziales Mietrecht zu entwickeln.

Wir fordern:

- Einheitliche, niedrigere Obergrenzen für Mieten!
- Abschaffung der Maklerprovision für Mieterinnen und Mieter!
- Keine Privatisierungen öffentlichen Wohnraums!
- Ausweitung des kommunalen, öffentlichen Wohnbaus!
- Zweckbindung der Wohnbauförderung des Landes!
- Keine Befristung von Mietverträgen!



# Karl Marx, die kubanische Revolution und der globale Süden

Unser Beitrag versucht nicht, das Werk des großen Denkers zu analysieren oder zu beschreiben. Wir kennen sein Werk und meine VorrednerInnen haben bereits die Bedeutung seiner Lehre für die Zeit, in der er gelebt hat, herausgearbeitet.

Wir werden uns auf die praktische Anwendung der marxistisch-leninistischen Lehre in der Kubanischen Revolution beziehen, und ich werde das undogmatisch und ohne Voreingenommenheit tun. In einer Zeit, in der in der westlichen Welt so viele Vorurteile über den Marxismus vorhanden sind, ist es wichtig, die Geschichte authentisch zu erzählen. Das „Gespenst“, das in Europa umgegangen ist, streift nach wie vor umher, leistet Widerstand und kämpft gegen die soziale Ungerechtigkeit. Das marxistische Denken ist noch immer das geeignete Instrument, um die Welt von heute zu verstehen. Solange es den Kapitalismus gibt, wird das Marx'sche Denken Gültigkeit behalten. Die neoliberale Welt der Globalisierung ist in ihrem Kern noch immer der Kapitalismus, über den Marx seine Arbeit entwickelt hat.

Uns Kubanern ist Marx sehr nahe, nicht nur wegen der Lehre, die er uns vermacht hat, sondern auch, weil ein Kubaner, Paul Lafargue, ein herausragender Denker und Kämpfer der Internationalen Arbeiterassoziation, sein Freund und Schwiegersohn gewesen ist, der auch an der Übersetzung der französischen Ausgabe des „Kapitals“ beteiligt war.

Marx verdanken wir die Entwicklung des wissenschaftlichen Sozialismus, den modernen Kommunismus und gemeinsam mit Friedrich Engels den Marxismus. Ihre Ideen bleiben im Hinblick auf die Philosophie, die Geschichte und die Soziologie gültig. Marx war



Marieta García Jordán ist Botschaftsrätin der Republik Kuba für bilaterale Angelegenheiten.

ein Mann, der, wie andere in seiner Zeit, das Zusammenführen von Theorie und Praxis befördert hat.

Den Marxismus auf Kuba kann man aus verschiedenen Perspektiven behandeln und in verschiedenen Bereichen: In der Geschichte, der Ökonomie, der Philosophie, der Politikwissenschaft, der Kunst, aber einfach auch aus dem Alltagswissen heraus.

Wenn wir versuchen, eine Beziehung zwischen dem Denken von Jose Marti und Karl Marx herzustellen, machen wir das aus zweierlei Gründen. Erstens haben sich im 20. Jahrhundert diese beiden Denkrichtungen in der Kubanischen Revolution miteinander verbunden – und das war für die politische und kulturelle Bildung der neuen Generation von großer Wichtigkeit. Der zweite Grund ist, dass es notwendig ist, verschiedene Strömungen des sozialistischen Denkens miteinander zu verbinden. Das ist eine Voraussetzung für die intellektuelle und moralische Entwicklung der Menschheit.

Für die Kubaner stellen Marx und Marti den Höhepunkt des philosophischen und humanistischen Denkens der europäischen und lateinamerikanischen Kultur des 19. Jahrhunderts dar. Die Kubaner bauen und perfektionieren „die Republik mit allen und zum Wohle von allen“, von der Marti geträumt hat und die wir heute mit dem sozialistischen Ideal identifizieren. Bei Marx und Engels war das Streben nach der radikalen Befreiung des Menschen und sozialer Gerechtigkeit immer vorhanden.

Marx war einer von denen, die immer versuchten, die Welt zu verändern, ein wahrhaftiger Revolutionär.

Die Bedeutung von Marx und seinem Werk „Das Kapital“, das letztes Jahr sein 150. Jubiläum gefeiert hat, ist unermesslich. Die Prozesse, die Kuba durchlebt hat und weiterhin durchlebt, nähern sich auf eine bewusste Art und Weise dem Marxismus und einem seiner größten Schüler, Fidel Castro, an. Sein Revolutionskonzept stellt einen der lebhaftesten Beiträge zu den marxistischen Kategorien dar:

- „Revolution ist das Gefühl für den historischen Moment; es bedeutet, alles zu verändern, was verändert werden muss;
- volle Gleichheit und Freiheit; den ändern als menschliches Wesen zu behandeln und selber als ein solches behandelt zu werden;
- uns selbst aus eigener Anstrengung zu emanzipieren;
- die mächtigen Kräfte herauszufordern, die innerhalb unseres sozialen und nationalen Umfeldes herrschen;
- die Werte zu verteidigen, an die man glaubt und dafür jeden Preis in Kauf zu nehmen;
- Bescheidenheit, Uneigennützigkeit, Altruismus, Solidarität und Heldenhaftigkeit;
- mit Mut, Intelligenz und Realismus zu kämpfen;
- niemals zu lügen und niemals ethische Prinzipien zu verletzen;
- die tiefe Überzeugung, dass keine Macht der Welt in der Lage ist, die Kraft der Wahrheit und der Ideen zu vernichten.

Revolution bedeutet Einheit und Unabhängigkeit. Revolution be-



deutet, für unsere Träume von Gerechtigkeit für Kuba und für die Welt zu kämpfen, sie ist die Basis für unseren Patriotismus, unseren Sozialismus und unseren Internationalismus.“

Wir müssen vom Grundsatz ausgehen, dass das einzige, das von Bestand ist, die Veränderung ist, denn das ist der Kern des dialektischen Materialismus. Vor allem geht es um eine Veränderung der Mentalität, die aber am schwierigsten zu verändern ist – wenn man sie verändern will um sie zu verbessern.

Fidel Castros Vision der Dritten Welt, die er angesichts der Bedingungen in der Mitte des 20. Jahrhunderts hatte, und im Besonderen während des Bruchs der bipolaren Ordnung hin zu einer politisch und militärisch unipolaren Weltordnung, hat das Denken der kubanischen Intellektuellen erweitert und bereichert. Angesichts der Hegemonie der USA haben sie das Denken von Marti und die Arbeiten von Fidel Castro noch stärker verinnerlicht.

Die kubanische Revolution ist in diesem Sinne eine vollkommen marxistische, weil sie rebellisch ist und die Verhältnisse verändern möchte. Mit dem Sieg der Revolution wurde dieses Vorhaben mit aller Kraft, Energie und allem Mut in Angriff genommen. Damit wurden ein für alle Mal die Wege zur nationalen Unabhängigkeit, der Befreiung der Arbeiterklasse und der ausgebeuteten Massen geöffnet.

Marx gilt als der einflussreichste Philosoph der Menschheitsgeschichte, der auf Seiten der Armen, der breiten Massen, des Proletariats gestanden ist und zwei große Entdeckungen gemacht hat: den Klassenkampf und den Mehrwert, den Kern der Bourgeoisie. Engels hat gemeint, dass er mit diesen beiden Entdeckungen die Welt revolutioniert hat.

Marx wird immer da sein, wenn wir von den Armen und den Menschen, die hungern, sprechen, solange sich die Ethik überlegt etwas zu verändern.

„Die Philosophen haben bisher die Welt nur verschieden interpretiert, aber es kommt darauf an, sie zu verändern.“ Bei Marx kommt dieser Gedanke als ein Anhang seiner Theorie vor, aber er ist eigentlich der Kern seiner theoretischen Überzeugungen.

Der Marxismus ist immer etwas Unfertiges und muss sich stets aus neuen Erfahrungen speisen. Darin besteht bis heute seine Gültigkeit, und nicht darin ihn dogmatisch anzuwenden.

Es ist heute nicht möglich, die Welt zu verstehen ohne die Analyse von Marx. Wenn man eine Revolution macht, versucht man das auf der Grundlage dessen, was schon da ist, um es zu erweitern und zu transformieren. Der Marxismus wird in dem Maße unsterblich sein, wenn er in der Lage ist sich zu transformieren, in dem Maße, wenn wir fähig sind kreativ zu sein.

Wenn die Entdeckung des Mehrwerts von Bedeutung war, müssen wir verstehen, was das für die Handelszirkulation (von Marx entworfen, und von Engels weiterentwickelt) im dritten Band des Kapital bedeutet. Das war ein wichtiger Beitrag, um den Mechanismus zu

entdecken, der die einen reich und die anderen arm macht, der die sozialen Klassen schafft. Auf eine gewisse Art erklärt das auch die Ausbeutung des Südens durch den Norden.

Jose Marti hat gesagt: *„Marx hat die Formen studiert die Welt auf eine neue Grundlage zu stellen, und er hat die Schlafenden geweckt und sie gelehrt, wie sie nach und nach ausgebeutet werden. Er hat überall das gesehen, was er in sich selbst getragen hat: die Rebellion, das Streben nach vorne und den Kampf.“*

Das ist das Konzept der Veränderung, das wir in Kuba seit dem Beginn der Revolution am 1. Jänner 1959 anwenden, und auf Basis dessen wir bis heute das wirtschaftliche und soziale Modell aktualisieren. Der Marxismus wird Tag für Tag angewandt, wenn wir dafür arbeiten die Wirtschaft nachhaltig wachsen zu lassen, was uns erlaubt die sozialen Erfolge und Errungenschaften zu untermauern, die den Kern der kubanischen Revolution bilden – und das dauernd in Bewegung, in Veränderung, im Übergang, in Entwicklung.

# Des Pudels Kern: Die Arbeitswerttheorie

## Das Marxsche Werk: Ein Steinbruch

Karl Marx hat uns, und manche hören das vielleicht nicht so gerne, leider kein in sich geschlossenes Werk hinterlassen, sondern einen ziemlichen Steinbruch. Zeit seines Lebens hat er kleine und große Projekte in Angriff genommen, diese dann wieder verworfen, weil ihm anderes gerade dringender erschien, um sich dann in nochmal andere Vorhaben zu stürzen. Darüber hinaus war er ja nicht nur der Autor umfangreicher Theorie-Texte, sondern er hat als Journalist und Aktivist über die Ereignisse seiner Zeit nicht nur berichtet, sondern sich eingemischt. So manche Bruchstücke in diesem Steinbruch sind also bloß das Resultat tagespolitischer Auseinandersetzung oder polemischer Abrechnung mit dem politischen Gegner. Nach Marx hat man aus so manchen dieser Bruchstücke unumstößliche Dogmen gehauen, die nur all zu oft weit über den eigentlichen Anlass hinausgegangen sind. Nichtsdestotrotz haben diese vielen kleinen Bruchstücke das Kritische Denken im 20. und 21. Jahrhundert geprägt. Vor wenigen Wochen gab es in Graz beispielsweise eine Tagung über den „Staat“ und Marx hat, wie wir wissen, das Buch über den Staat nie geschrieben und wir sind, wie bei vielen anderen Themen auch, auf die vielen kleinen Bruchstücke angewiesen, die er hinterlassen hat, aber trotzdem konnte sich mit diesen im Laufe des 20. Jahrhunderts eine materialistische Staatskritik entwickeln.

In diesem Steinbruch, um noch kurz bei diesem Bild zu bleiben und dann endlich das Goethe-Wort aus dem Titel rauszuhauen, gibt es aber einen ganz großen Brocken, auf den Marx viel Zeit und Energie verwendet: Die Arbeitswerttheorie. Sie ist des Pudels Kern, das Wesentliche der Marxschen Theorie. Die geschulten Marxisten und Marxistinnen hier im Publikum werden nun sagen: No na ned! Die marxsche Theorie ist eine Arbeitswerttheorie. Was denn sonst?



Leo Kühberger lebt in Graz. Er ist gelernter Historiker und Kulturanthropologe und verdingt sich in der Möbelindustrie.

Aber so klar ist das, und darauf werde ich später noch eingehen, auch unter Marxist\*innen nicht, denn viele haben die Arbeitswerttheorie zwar hingegenommen, gerne darauf verwiesen, dass ihm damit eine Weiterentwicklung der klassischen Theorien gelingt, es aber nicht für wert befunden, sich diesen Kern mal genauer anzusehen, was schlussendlich auch dazu geführt hat, dass nicht nur bürgerliche Ökonomen\*innen seine Arbeitswerttheorie für obsolet oder für zumindest nicht mehr zeitgemäß erklärt haben.

Ich werde also in meinem Beitrag dreierlei versuchen. Erstens möchte ich ein paar grundlegende Dinge zur Arbeitswerttheorie sagen, damit wir wissen, wovon wir hier überhaupt reden. Zweitens werde ich kurz skizzieren, warum die marxsche Arbeitswerttheorie in heute keine Rolle mehr spielt. Drittens muss dann auch noch gesagt werden, was uns denn diese Theorie „bringt“, so wir uns ihrer bedienen wollen und mehr zu sagen gedenken, als dass die Welt und der gesellschaftliche Reichtum auf ebendieser das Produkt von Arbeit ist.

### **Was ist die Arbeitswerttheorie, oder: Von nix kommt nix!**

So banal ist es nämlich: Der gesellschaftliche Reichtum kommt aus der Arbeit. Von nix kommt bekanntlich ja nix. Würden wir nicht arbeiten – und ich verstehe hier den Begriff mal in seinem weitesten Sinne, nämlich als produktiven Austausch mit unserer Umwelt, und damit sind wir natürlich noch weit entfernt von der Arbeit im Kapitalismus, der Lohnarbeit also, die Marx ja gerne als Lohnsklaverei, die es abzuschaffen gilt, bezeichnet hat –, dann müssten wir darauf hoffen, dass uns der Apfel zufällig in den Mund fällt. Und deswegen sind wir gut beraten, wenn wir arbeiten und den Apfel pflücken und uns vielleicht auch noch des Baumes annehmen, damit er weiterhin Äpfel liefert. Dieser Apfel ist aber nicht nur Apfel, sondern er hat auch einen Wert. Nicht nur, wie zu allen Zeiten, einen Gebrauchswert, weil er dazu dient, unseren Hunger zu stillen, sondern, und jetzt sind wir schon im Zeitalter des Kapitalismus, einen Tauschwert, und dank der Arbeit, die in ihm steckt, können wir ihn mit allerlei ganz unterschiedlichen Sachen und Dienstleistungen tauschen.

Auch zu Marxens Zeiten war das keine besonders aufregende Erkenntnis. Er folgt damit den damals gängigen Vorstellungen der Politischen Ökonomie. Die berühmten Klassiker – Adam Smith, David Ricardo und andere – waren ebenfalls Vertreter von Arbeitswerttheorien, also Theorien, die davon ausgegangen sind, dass der Wert aus der Arbeit kommt. Die Politische Ökonomie unserer Tage oder Volkswirtschaftslehre, wie wir heute sagen würden, behauptet jedoch, dass diese Arbeitswerttheorien überholt sind, zwar ein durchaus origineller historischer Beitrag waren, aber heute nicht mehr taugen.

### **„Net olles was an Wert hot, muas an Preis hobn“ (W. Ambros)**

Das ist auch nicht ganz falsch, denn für die Volkswirtschaftslehre

taugt die Arbeitswerttheorie tatsächlich nicht, weil sie die Fragen, die sie zu stellen pflegt, nicht beantworten kann und ganz andere Absichten hinter diesen Theorien stehen. Dazu ist es aufschlussreich, wenn wir uns ansehen, wann die Ökonomen die Arbeitswerttheorien aufgegeben haben. Harry Cleaver, ein US-amerikanischer Marxist, hat darauf hingewiesen, dass diese Aufgabe der Arbeitswerttheorie just dann vonstatten geht, als sich die organisierte Arbeiter\*innenbewegung, und da natürlich am konsequentesten von Karl Marx ausformuliert, diese Theorie aneignet und zu einer folgenreichen Schlussfolgerung kommt: Wenn es tatsächlich so ist, dass diese „*ungeheure Warensammlung*“ und der ganze gesellschaftliche Reichtum das Ergebnis der Anstrengungen all dieser Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich tagein, tagaus abmühen, ist, dann muss man doch zumindest fragen, wenn nicht gar verlangen dürfen, warum es denn nicht eben diesen Arbeiter\*innen gehört!

Da konnten und wollten die Ökonomen nicht mit und sie haben fieberhaft begonnen andere Theorien zu entwickeln. Ihre Absicht ist ja, wie ich schon angedeutet habe, eine ganz andere. Den Ökonomen geht es ja darum das Wirtschaftssystem, das von einer Krise in die anderen taumelt, besser zu machen und dazu beizutragen, dass es „der Wirtschaft gut geht“. Der marxische Ansatz ist ein ganz anderer. Nicht zufällig hat er für „Das Kapital“ den Untertitel „Kritik der Politischen Ökonomie“ gewählt. Er will, wie er selbst sagt, den Bürgern das „*furchtbarste Missile*“ an den Kopf schleudern, das sie jemals gesehen haben und er will nicht dafür sorgen, dass alle Arbeit haben und die Profitraten stimmen, sondern er will „*alle Verhältnisse umwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.*“ Der schon erwähnte Harry Cleaver hat daher den Vorschlag gemacht, dass wir das begrifflich trennen sollten, und zwischen den Ökonomen auf der einen Seite, die sich darum bemühen die kapitalistische Produktionsweise am Laufen zu halten, und den Marxist\*innen auf der anderen Seite, die ganz andere Verhältnisse erstreiten wollen, zu unterscheiden.

Die Ökonomen verkünden also: Alles zurück! Lasst uns das mit der Arbeit vergessen! Es ist doch ganz anders. Der Wert lässt sich gar nicht objektiv bestimmen (und da haben sie sogar ein wenig recht, aber dazu kommen wir noch), sondern er ist etwas ganz subjektives. Der Wert wäre davon abhängig, wie sehr mir etwas nutzt, wie viel ich bereit bin, für etwas zu bezahlen. Es wurden im Laufe des 20. Jahrhunderts also allerlei Theorien über den (Grenz-)Nutzen aufgestellt und der Wert einer Ware wurde zu einer rein subjektiven Sache erklärt.

Die Ökonomen interessiert der Wert nämlich gar nicht so wirklich. Sie denken alles in Preisen. Das ist für sie entscheidend, weil sie ja in erster Linie wissen wollen, wie viel Profit da am Ende übrig bleibt. Und der Preis bestimmt sich für sie ganz einfach über Angebot und Nachfrage. Ist das Angebot groß und die Nachfrage gering, dann fallen die Preise, ist die Nachfrage groß und das Angebot gering, dann steigen

die Preise. Das ist auch nicht ganz falsch. Ich kann die Bildung der Preise nicht nur aus dem Wert erklären und natürlich spielen Angebot und Nachfrage eine gewisse, wenn auch untergeordnete Rolle. Das ist aber ein wenig so, wie mit der Spitze des Eisbergs. Die bürgerliche Ökonomie kann die Spitze des Eisbergs recht gut erklären, aber vom Eisberg, der da darunter liegt hat sie keine Ahnung. Daher kommt auch die stets wiederkehrende Überraschung, wenn der Kapitalismus wieder mal in die Krise schlittert und wir als Marxist\*innen wieder sagen können, dass wir das eh schon kommen gesehen haben.

### **„Der Springpunkt um den sich das Verständnis der politischen Ökonomie dreht“ (K. Marx)**

Aber kommen wir zur marxischen Arbeitswerttheorie zurück. Ich habe schon gesagt, dass er mit einer Arbeitswerttheorie eigentlich den Mainstream seiner Zeit vertritt. Aber, und das ist ganz wichtig, er entwickelt sie tatsächlich weiter. Marx selbst bezeichnet das als den *„Springpunkt um den sich das Verständnis der politischen Ökonomie dreht“*. Er führt nämlich eine entscheidende Differenzierung ein. Er unterscheidet zwischen der konkreten und der abstrakten Arbeit. Er meint, dass der Wert nicht über die konkrete Tätigkeit und die tatsächliche Arbeitszeit bestimmt wird, die ich aufwende, um eine Ware herzustellen, sondern über die „gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit“.

Das klingt wieder mal etwas kompliziert. Ist es aber gar nicht und wir wissen das auch. Wenn ich beispielsweise draußen an der Bar ein Bier bestelle und der Kellner, der vielleicht gerade keine Lust hat oder total unausgeschlafen ist, und daher im Vergleich zu seiner erfahrenen und ausgeschlafenen Kollegin doppelt so lang braucht, um mir das Bier zu bringen, dann aber das Doppelte verlangt, würden wir ihn wohl fragen, ob es ihm noch gut geht, weil das geht ja nun wirklich gar nicht! Da ist sie also schon, die „gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit“. Nicht von seiner konkreten Arbeit ist es abhängig, sondern von der Arbeit aller Kellner\*innen zusammen und nicht nur von ihm, sondern auch von all den anderen, von denen, die die das Bier gebraut und geliefert haben, Hopfen und Malz anbauen mussten, unsere säumigen Kellner aufgezogen haben und ihm das Kellnern beigebracht haben, usw. usf. Ein schier unermessliches Ausmaß bezahlter und unbezahlter Arbeiten ist da verausgabt worden, bis wir endlich unser Bier bekommen.

Mit der abstrakten Arbeit haben wir aber ein Problem. Die konkrete Arbeit des Kellners und all der anderen beteiligten Arbeiter\*innen kann ich messen. In Stunden, Minuten und Sekunden. Aber wie messe ich die abstrakte Arbeit? Wie kann ich die gesellschaftliche notwendige Arbeitszeit, die in meinem Bier steckt, messen? Ich würde meinen, dass es nicht möglich ist, auch wenn es Versuche in diese Richtung gegeben hat und wir schon eine ungefähre Vorstellung davon entwickeln können.

Aber was ist nun eine Theorie wert, die zum wesentlichen gar nicht in der Lage ist? Hat die bürgerliche Ökonomie also doch Recht, wenn sie sagt, dass die marxsche Arbeitswerttheorie nicht taugt oder müssen wir denjenigen Marxist\*innen zustimmen, die meinen, dass sie spätestens unter den postfordistischen, netzwerkartigen Produktionsverhältnissen unserer Tage nicht mehr genügt?

Die Antwort dazu findet sich an den „*verborgenen Stätten der Produktion*“. Egal wohin wir da gehen, werden wir feststellen, dass es ganz anders ist, dass andauernd versucht wird, dieses Unmögliche zu tun, nämlich den Wert zu messen. Fragt mal eine Krankenschwester, wie viel Zeit sie für die „Dokumentation“ ihrer Arbeit aufwenden muss. Redet mal mit einem Arbeiter von DHL oder einem LKW-Fahrer, wie akribisch jeder einzelner Schritt, den sie machen, überwacht wird. Ich könnte euch stundenlang von der Möbelindustrie erzählen, wo andauernd, sozusagen live, versucht wird zu messen, was wir denn tun und wir dadurch permanent und direkt in unmittelbare Konkurrenz mit den Kolleg\*innen an allen anderen Standorten am Globus gesetzt werden. Aber den unbezahlten Teilen der Arbeiter\*innenklasse ergeht es nicht anders und auch bei ihnen greift der Wahn des Messens um sich, denn nichts anderes steckt hinter der Einführung der Zentralmatura an den Schulen oder der Durchsetzung des ECTS-Systems an den Universitäten. Sie versuchen zu messen, was wir da tun!

Wir wissen aber nur allzu gut, dass sie damit andauernd scheitern und es am Ende dann doch keine exakten Ergebnisse geben kann. Die Messung scheitert, weil wir immer wieder Wege finden, sie zu unterlaufen, zum einen also unsere widerständigen und subversiven Praktiken das Messergebnis verfälschen und zum anderen die gesellschaftlichen (Produktions-)Verhältnisse tatsächlich zu komplex sind, um sich messen zu lassen. Die Frage ist dann aber, warum es denn andauernd versucht wird? Die Antwort ist einfach: Es geht dar nicht um das Ergebnis, sondern es geht um die Durchsetzung der Arbeit an sich. Es geht darum, dass wir bei der Arbeit gehalten werden, so umfassend und intensiv als irgend möglich. Es geht darum, dass das kapitalistische Kommando aufrecht erhalten bleibt und diese gesellschaftlichen Verhältnisse fortbestehen. Das ist des Pudels Kern der Arbeitswerttheorie.

### **Was bringt uns die Arbeitswerttheorie?**

Erstens, und das habe ich bisher sträflich vernachlässigt, bekommen wir durch die marxsche Arbeitswerttheorie einen Begriff von Ausbeutung und können zu einer Perspektive gelangen, die den gesellschaftlichen Antagonismus als Ausgangspunkt des politischen Handelns nimmt. Im Alltag sprechen wir ja nur dann von Ausbeutung, wenn wir mit besonders abscheulichen Arbeitsbedingungen konfrontiert sind und die bürgerliche Theorie, die alles vom subjektiven Nutzen abhängig machen und in der Folge auch Löhne und Gehälter über Angebot und Nachfrage erklären möchte, kennt keine Ausbeutung.

Bei Marx finden wir jedoch auch die Arbeitskraft warenförmig organisiert vor und wir können feststellen, dass diese Ware etwas kann, wozu keine andere in der Lage ist, nämlich mehr Wert zu schaffen, als zur eigenen Reproduktion notwendig ist, und schlussendlich dreht sich ja alles nur darum, dass, wie Marx es in der allgemeinen Formel vom Kapital ( $G-W-G'$ ) zusammengefasst hat, am Ende mehr Geld rauskommt, und da haben wir dann die Ausbeutung und klarerweise auch die Klassenkämpfe, die Geschichte machen.

Zweitens, würde ich ergänzend noch behaupten, kann sich durch die Arbeitswerttheorie unser Blick auf die gesellschaftlichen Verhältnisse entscheidend verändern. Wenn wir sehen, dass es um die Durchsetzung der Arbeit geht, dann können wir auch sehen, dass sich beispielsweise Finanzkrisen entgegen der ökonomischen Auffassung, die leider auch viele Marxist\*innen teilen, nicht durch die mehr oder weniger mutwillig deregulierte Finanzindustrie und deren gewachsene Macht und allerlei andere Ursachen erklären lassen, sondern aus der Dynamik der Klassenkämpfe, die diesen Entwicklungen vorausgegangen sind und des Pudels Kern in den Klassenkämpfen ist immer, dass wir uns gegen die Durchsetzung der Arbeit zur Wehr setzen und Krisen also dann entstehen, wenn zu wenig Arbeit durchgesetzt wurde oder wir zu wenig intensiv gearbeitet haben. Der Spruch *„Wir zahlen nicht für eure Krise“*, der vor einigen Jahren populär war, ist nämlich so falsch wie richtig zugleich. Richtig ist er natürlich deswegen, weil es „ihr“ System ist, und „sie“ es sind, die davon profitieren, aber es ist schon „unsere“ Krise. Wir waren es, die unverschämterweise bessere Löhne und Sozialleistungen haben wollten und uns einfach nicht genügend Arbeit aufbürden lassen wollten und das Kapital zur Flucht in die Finanzindustrie gezwungen haben oder die Verschuldung der öffentlichen Haushalte in die Höhe getrieben haben, bis dann irgendwann alles zusammenkrachen musste. Das hilft uns, die wir von der Austeritätspolitik betroffen sind, mal relativ wenig, aber es ist schon beruhigend zu wissen, dass wir in der Lage sind, den Kapitalismus regelmäßig in die Krise zu zwingen und wir wohl irgendwann auch dazu in der Lage sein werden, ihn zu überwinden.

Denn, und damit komme ich zum dritten und letzten Punkt, die marxische Theorie ist keineswegs nur eine bessere Wirtschaftstheorie, sondern ein Instrument, um die *„rücksichtslose Kritik alles Bestehenden“* zu betreiben und gegen die Durchsetzung der Arbeit anzugehen, weil es schlussendlich darum geht eine klassenlose Gesellschaft zu erkämpfen, in der niemand mehr zur Arbeit gezwungen wird und wir *„heute dies, morgen jenes tun, morgens jagen, nachmittags fischen, abends Viehzucht treiben, nach dem Essen kritisieren, wie ich gerade Lust habe, ohne je Jäger, Fischer, Hirt oder Kritiker zu werden“*.



# Kracht es bald wieder? Kapitalismus und Krise

Um die Zukunft mit einer gewissen Plausibilität vorhersagen zu können, braucht man Klarheit darüber, welche Krise wir in den Jahren 2007ff. tatsächlich erlebt haben; wir müssen die tieferen Ursachen der Krise ergründen, wir müssen aufspüren, um welche Krise – sie ist in Wahrheit ja nicht bereinigt, sondern gärt unter der Oberfläche weiter – es sich handelt.

An den Beginn meiner Ausführungen möchte ich ein Zitat stellen. Raten Sie, von wem dieses Zitat stammt. Es ist einem Kommentar in der *Kronen Zeitung* vom 4. Mai 2009 entnommen. Dort heißt es u.a.:

*„...Die Krise ist tiefer als befürchtet, sie wird länger dauern als angenommen und es wird keinen leichten Weg raus gebe. Schritt zwei wäre: zu begreifen, dass wir eine Strukturkrise, keine Konjunkturkrise haben. Das heißt, wir erzeugen zu viele Produkte, die vom Markt dauerhaft nicht mehr nachgefragt werden. Ein Durchtauchen mit Schuldenmachen geht also nicht...“*

Derselbe Autor meint zu dieser Krise zwei Jahre später, in der *Kleinen Zeitung* am 16. September 2011:

*„...Wir sind nie so richtig aus der Krise herausgekommen, dass man sagen kann, diese Krise ist beendet. Es war ja nicht nur eine Krise der Realwirtschaft, sondern auch eine Strukturkrise, eine Finanzkrise, ja man kann von einer Systemkrise sprechen...“*

Der Autor dieser Zeilen ist niemand geringerer als der damalige Präsident der steirischen Industriellenvereinigung, Jochen Pildner-Steinburg.

Er hat Recht: Es handelt sich bei der Krise 2007ff. um eine tiefe Akkumulationskrise, um eine Strukturkrise der sogenannten „Realwirtschaft“, nicht um eine reine Finanzkrise, welche die Realwirtschaft erfasst hat, wie uns Medien immer noch vorzugaukeln versuchen. Es handelt sich nicht nur um eine zyklische Krise, sondern um eine Krise des kapitalistischen Akkumulationsregimes. Durch extrem billiges Zentralbankgeld wird die Krise derzeit verschleiert, sodass man zu Recht von einer Scheinkonjunktur sprechen kann.



Dr. Werner Murgg ist Landtagsabgeordneter, Stadtrat in Leoben, Sprecher der KPÖ Steiermark und Mitglied ihrer Programmkommission

## **Blick zurück**

Blicken wir zurück: Nach 1945 gab es – grob gesprochen – in der kapitalistischen Welt zwei Akkumulationsmodelle:

1. 1946 bis ca. 1975 ein Modell, welches man mit Keynesianismus bezeichnen kann.
2. 1975 bis zur Krise 2007ff. das neoliberale Modell.

Ich behaupte, dieses Modell ist seither ökonomisch tot, lebt aber im ideologischen Überbau mangels Alternativen weiter. Wir müssen noch einmal zurückblicken: Der Neoliberalismus entstand als Folge einer fundamentalen Krise der Kapitalverwertung der warenproduzierenden Weltwirtschaft im Zeitalter des Keynesianismus. Was meine ich? Der theoretische Kern des Keynesianismus besagt: Krisen resultieren nicht aus Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktion, sondern haben „psychologische Faktoren“, wie den „Hang zum Sparen“. Tatsächlich war es eine Zeit lang möglich unter Bedingungen des wirtschaftlichen Aufschwungs, im Rahmen einer nachholenden Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg bzw. des durch den „Realsozialismus“ dem Kapitalismus zumindest in Westeuropa aufgezwungenen Klassenkompromisses, Grundwidersprüche des Kapitalismus durch staatlich gefördertes Wachstum zu überspielen; es gelang Löhne ohne gleichzeitiger Schmälerung der Unternehmensprofite zu erhöhen. 1950 bis ca. 1970 erlebten wir in den entwickelten Industriestaaten Westeuropas ein rasantes ökonomisches Wachstum. Es herrschte Vollbeschäftigung, neue Lebensbereiche wurden der Kapitalverwertung erschlossen, neue Werkstoffe entstanden, es kam zur Ausweitung der Konsumgüterindustrie. Begriffe wie Massenmobilität wurden Allgemeingut. Die sich ausweitende Fließbandproduktion erzeugte Massenwaren, die wegen hoher Löhne massenweise Konsumenten fanden. Diese nachfrageorientierte Politik sorgte dafür, massenhaft hergestellte Güter mit einer massenhaft kaufkräftigen Nachfrage in Einklang zu bringen. Die Arbeiterklasse konnte erstmals in ihrer Geschichte über den Erwerb von Gegenständen des existenzsichernden Bedarfs an der Wohlstandsproduktion teilhaben.

## **Modell scheiterte Mitte der 1970er**

Das oben beschriebene Modell kam ab Mitte der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts in die Krise. Zwei Gründe waren dafür ausschlaggebend: Einerseits erschöpfte sich das Wachstum, die Märkte waren im Wesentlichen erschlossen. Andererseits stieg die Produktivität schneller als die Ausweitung der Produktion und damit der Zunahme der Arbeitsplätze. Das hatte eine wegbrechende Massenkaufkraft zur Folge. All das führte zum Rückgang der Profite. Kurz: Eine gleichzeitige Erhöhung von Profiten und Masseneinkommen – wie in der Hochblüte des Keynesianismus – ließ sich nicht mehr realisieren. Der Keynesianismus geriet in eine Doppelmühle: Mehr Lohn war nur mehr auf Kosten der Profitraten der Kapitaleigner möglich. Anders

herum konnte die Stabilisierung des aus den Arbeitskräften herausgezogenen Mehrwertvolumens auf hohem Niveau langfristig nur durch eine Reduktion der Masseneinkommen verwirklicht werden.

Angesichts dieses strategischen Dilemmas griff die Kapitalseite zum reaktionären Ausweg: Ein neues Akkumulationsregime, der Neoliberalismus, setzte sich durch. Gekennzeichnet ist dieses Modell von einer Dominanz der Finanzmärkte. Der Staat folgt den Konzepten des Finanzkapitals und stellt die Weichen neu. Deregulierung der Finanzmärkte und eine Erweiterung der Freihandelszonen waren die Stichworte. Die Rolle des Staates wurde neu bestimmt. Er tritt als Deregulator in Erscheinung. Die spätere EU wurde zum Prototyp dieser neoliberalen Maschinerie.

### **Fünf Merkmale**

Fünf Merkmale definieren das neoliberale Akkumulationsregime.

1. Es zielt radikaler als der Keynesianismus auf die Erhöhung der Kapitalrendite. Als Hebel werden verwendet: Eine Schwächung der Gewerkschaft, Lohndruck, kurz Maßnahmen um die Mehrwertrate zu erhöhen.
2. Die nationalen Schranken für den Waren- und Kapitalverkehr werden eingeebnet, was stärkere Kapitale bevorzugt.
3. Die transnationalen Konzerne bauen weltweite Produktionsverbände auf, wodurch Arbeitskräfte und Ressourcen weltweit billig eingekauft werden können.
4. Im Zentrum, in den USA, der EU und Japan, entsteht ein rasant wachsender, überdimensionierter Finanzsektor.
5. Die Finanzspekulation wird für die Konzerne zu einem zentralen Instrument der Kapitalverwertung. In deren Folge kommt es zu einer gewaltigen Überakkumulation von Kapital.

Die Widersprüche verschwinden allerdings nicht: Während die Vermögen wachsen, sinkt die Kaufkraft. Hatte die keynesianistische Epoche das Problem stetig steigender Warenberge, die keine Käufer fanden, ist der Neoliberalismus mit Bergen von Kapital, das immer weniger Anlagemöglichkeiten – zu für Kapitaleigner annehmbaren Renditen – findet, konfrontiert. Wir sind wieder bei 1975 gelandet: Es gibt eine Überakkumulation von Kapital bei einer Unterkonsumtion der Haushalte!

### **Tendenzieller Fall der Profitrate**

Der entscheidende Antrieb kapitalistischer Produktion ist und bleibt die bestmögliche Verwertung des eingesetzten Kapitals. Als Maßstab dafür dient die Profitrate oder, wie es bürgerliche Ökonomen ausdrücken, die Kapitalrendite. Marx nannte die Profitrate nicht zu Unrecht den „Stachel der kapitalistischen Produktion.“ Da sind wir bei dem, was Marx das wichtigste ökonomische Gesetz nannte: dem tendenziellen Fall der Profitrate. Auch kluge bürgerliche Ökonomen kommen an diesem Gesetz nicht vorbei. So meint Hans Werner Sinn

in der FAZ am 5. Dezember 2014 u.a.: „...Es liegt auch an der Krise an sich und am Sparüberschuss. Es gibt eine gewisse Erschöpfung der Investitionsmöglichkeiten. Das alte Problem, das schon Marx mit dem „Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate“ beschrieben hat, spielt eine Rolle.“ Worum geht es im Kern?

Es besteht ein konkurrenzbedingter Zwang zur Erneuerung der Produktionsmittel, der Maschinen etc., ohne dass diese technisch bereits verschlissen wären. Marx zerlegt das Kapital in das variable Kapital ( $v$ ) – es zeigt die Kosten für die Arbeitskraft an – und in das konstante Kapital ( $c$ ), die Kosten für Maschinen, Anlagen etc. Nun wird die Mehrwertrate ( $m'$ ), wir könnten auch Ausbeutungsrate sagen, definiert als  $m' = m/v$ . Es zeigt das Verhältnis des Mehrwertes  $m$  zum eingesetzten variablen Kapital an; man könnte auch sagen das Verhältnis der Mehrarbeits-(zeit) zur notwendigen Arbeitszeit.

Wird die Produktivität durch neuartige Produktionsmittel gesteigert, ein im Konkurrenzkampf der Kapitale notwendiger Vorgang, erhöht sich damit das konstante Kapital im Verhältnis zum variablen Kapital bezüglich seiner Gesamtzusammensetzung. Mehr und teurere Maschinen schlagen bei  $c$  zu Buche. Wir sagten bereits. Der Kapitaleigner orientiert sich an der Profitrate ( $p'$ ). Diese wird folgendermaßen definiert:  $p' = m/v+c$ . Sie definiert das Verhältnis des Mehrwerts zum gesamten eingesetzten Kapital, im Unterschied zur Mehrwertrate ( $m'$ ), die lediglich das Verhältnis des Mehrwerts zu den Kosten der lebendigen Arbeitskraft definiert.

### **Profitrate sinkt**

Zwei Voraussetzungen sind zum Verständnis des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate wichtig: Lediglich die lebendige Arbeit, der Faktor  $v$ , erzeugt Mehrwert. Und im permanenten Prozess der Kapitalvermehrung steigt die „organische Zusammensetzung“ des Kapitals,  $c$  wächst stärker als  $v$ . In der Folge sinkt  $p'$ .

Das tritt allerdings nicht ein, wenn die Mehrwertrate in einer solchen Relation steigt, welche die Erhöhung des konstanten Kapitals  $c$  innerhalb der Profitrate zu kompensieren vermag. Das heißt, wenn die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft zunimmt; die Mehrarbeit an der Gesamtarbeit muss so stark wachsen, dass die Zunahme des für  $c$  verausgabten Kapitals ausgeglichen wird. Das Kapital ist natürlich bemüht, die Ausbeutung permanent zu steigern, wie wir laufend erleben; siehe Flexibilisierung der Arbeitszeit etc. Aber die Ausbeutung kann natürlich nur bis zu einem gewissen Grad gesteigert werden; die Reproduktionsfähigkeit der Arbeitskraft muss schließlich erhalten werden. Deshalb versucht das Kapital, dem Fall der Profitrate auch durch andere Wege auszuweichen. Unter anderem, indem versucht wird, die absolute Masse des Profits zu erhöhen. Aber: Steigt die Profitmasse trotz fallender Profitraten entwickelt sich ein wachsender Kapitalüberschuss. Dieser zeigt letztlich die Schranken der kapitalistischen Produktion an, die mit der Entwicklung der Kapi-

talverwertung massiver werden. Wie sich empirisch belegen lässt, sind die Profitraten in allen entwickelten kapitalistischen Ländern seit der Krise 1975 tendenziell gefallen. Mit diesem nicht mehr verwertbaren Kapitalüberschuss sind wir heute weltweit konfrontiert. Daher rühren auch die Nullzinsen, denn auch im Finanzsektor sinkt die Profitrate. Der Gewinn bezogen auf das Eigenkapital, die Eigenkapitalrendite, ist die wichtigste Kennziffer des Bankgeschäfts. Sie bemisst sich aus dem Verhältnis von Jahresüberschuß vor Steuern zum Eigenkapital. Diese Eigenkapitalrendite deutscher Banken, in anderen Ländern verhält es sich ähnlich, ist seit 1983 von ca. 16 Prozent auf ca. 7 Prozent gesunken. Seit den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts versucht das Kapital vermehrt, im deregulierten Finanzsektor neue Anlageformen zu erschließen, um die Profitraten weiterhin auf gewünschter Höhe realisieren zu können. In der „Realwirtschaft“ erzielte Profite wandern vermehrt in den Finanzsektor. Dadurch stieg das Geldvermögen sprunghaft an. Allerdings handelt es sich dabei um fiktives Kapital.

### **Fiktives Kapital**

Was ist fiktives Kapital? Fiktives Kapital resultiert aus fiktivem Profit. Das ist Profit, der erzielt wird, ohne daß ihm eine reale Produktion von Wert und Mehrwert entspricht. Aber genau das ist bei bestimmten Finanzoperationen der Fall. Ein Beispiel: In der kapitalistischen Produktion wird ein erheblicher Teil des erzeugten realen Profits, der von den Lohnarbeitern erzeugte Mehrwert, von den Aktionären als Dividende realisiert. Das ist nicht fiktiver Profit. Erwirbt hingegen jemand Aktien mit dem Ziel sie bei höherem Kurswert mit Gewinn zu veräußern, ist dieser Spekulationsgewinn fiktiver Profit. Dabei wird am Finanzmarkt aus Geld unmittelbar Mehrgeld gemacht. Ihm entspricht kein realer Wert, es ist parasitär. Fiktives Kapital ist (Geld-)kapital, dessen Eigner Profit erzielt nicht indem er es dem Wertbildungsprozess zuführt, sondern indem es an Transaktionen beteiligt ist, deren Profite als Abzüge vom gesellschaftlichen Mehrwert zu verstehen sind. Man könnte umgangssprachlich auch sagen: der Spekulant zweigt seinen Gewinn parasitär aus der von der gesamten Gesellschaft erwirtschafteten Mehrwertmasse.

Sobald jedoch eine nennenswerte Zahl von Inhabern fiktiven Kapitals reales Geld sehen will, ist der Augenblick gekommen, wo die Blase platzt. Fiktives Kapital stellt sich dann als das heraus, was es ist - eine Fiktion! Das haben wir in den Jahren 2007 folgende erlebt und das werden wir in (absehbarer?) Zukunft wieder erleben. Damit bin ich bei der Beantwortung der eingangs gestellten Frage. Wobei, auch das haben wir behandelt, die Ursachen der Umleitung von

Kapital in die Finanzsphäre aus den sich sukzessive verschlechternden Verwertungsbedingungen des Kapitals in der Realwirtschaft resultieren.

### **Ausweg dritter Kondratieff?**

Als Ausweg erscheint vielen ein dritter Kondratieff. Was ist darunter zu verstehen? Der sowjetrussische Ökonom Kondratieff hat in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts die Theorie der langen Wellen entwickelt. Diese besagt verkürzt folgendes: Strukturelle Überakkumulationskrisen treten dort auf, wo längere Perioden kapitalistischer Akkumulation auslaufen, welche mit einer bestimmten technologischen Innovation verbunden waren. Nach Kondratieff bildet sich am Ende einer solchen langen Welle eine neue Basisinnovation heraus, die zum Motor der nächsten langen Welle, des nächsten langen Aufschwungs wird. Der sowjetrussische Ökonom hatte bei seinen Überlegungen die beiden Überakkumulationskrisen des 19. Jahrhunderts vor dem empirischen Auge, die durch die Innovation der Eisenbahn Ende der 40er Jahre des 19. Jahrhunderts bzw. durch die chemische respektive Elektroindustrie Ende des 19. Jahrhunderts in Aufschwungsphasen übergeleitet wurden. Die große Depression der späten 20er Jahre des vorigen Jahrhunderts, obwohl von Kondratieff selbst nicht mehr analysiert, wurde von der langen Welle des fordistischen Aufschwungs abgelöst. Manche Ökonomen erwarten in der sogenannten „green economy“ den nächsten Kondratieff-Zyklus und damit einen Ausweg aus den Verwertungsproblemen des Kapitals. Ich halte das für Phantasterei! Warum? – Die historischen Aufschwungsphasen waren immer davon begleitet, dass massenweise Menschen in den Arbeitsprozess gesaugt wurden und damit nachfragekräftige Kaufkraft entstand. Heute ist das anders. Durch die immens gestiegene Produktivität führt die Ausweitung der Produktion nicht mehr zu einer Ausweitung der Beschäftigung. Diesem Dilemma wird sich der Kapitalismus auf Dauer nicht entziehen können.

# Totgesagte leben länger

**E**in Gespenst geht um in der Steiermark – das Gespenst des Kommunismus. In unregelmäßigen Abständen machen JournalistInnen großer deutscher Zeitungen wie der *F.A.Z.* oder der *Zeit* Station in der steirischen Landeshauptstadt Graz, um hier Erklärungen zu finden für ein für sie unerklärliches Phänomen: Eine Kommunistische Partei, die wie keine andere marxistische Kraft im deutschsprachigen Raum in der Bevölkerung verankert ist und die aller Grabesreden auf den Sozialismus zum Trotz erst bei den vergangenen Gemeinderatswahlen erneut gestärkt wurde.

Weil offenbar nicht sein kann, was nicht sein darf, fallen die Erklärungen der JournalistInnen oft dahingehend aus, dass es sich gewissermaßen um ein schaurig-schönes Lokalphänomen handelt, das eher zufällig den Begriff „Kommunistisch“ im Namen führe, aber eigentlich von serviceorientierter, bürgernaher und sozial engagierter Politik lebe – verbunden mit MandatarInnen, die den Großteil ihres Polit-Gehalts für Menschen in Not verwenden. Dass es sich dabei um keinen Widerspruch handeln muss, passt wohl nicht zu den bis heute nachwirkenden Zerrbildern des Kalten Krieges über Kommunistinnen und Kommunisten.

Nur selten finden dabei soziale Missstände und gesellschaftliche Widersprüche Eingang in die Erklärungsversuche. Die „Kleine Zeitung“ machte sich nach dem großen Erfolg der KPÖ bei den Grazer Gemeinderatswahlen im November 2012 in einem Gasthaus im Bezirk Gries auf die Spurensuche – und wurde prompt fündig: „Überall verpulvern sie Millionen und Milliarden und hier leben die Leute von der Mindestpension. Da soll uns das Ergebnis überraschen?“, erklärte ein Wirt den Erfolg der Kommunistischen Partei in Graz.



Mag. Robert Krotzer ist Stadtrat für Gesundheit und Pflege in Graz und Obmann des Bildungsvereins der KPÖ Steiermark.

## **„Überall verpulvern sie Millionen und Milliarden“ – Der Kapitalismus heute**

Selbstverständlich ist dieser Erfolg keineswegs. Schließlich erleben wir seit über drei Jahrzehnten eine neoliberale Offensive des Kapitals, verschärft unter dem Eindruck der Krise 2008ff. und befeuert durch die Vorgaben der Europäischen Union. In Österreich ist dieser ‚Klassenkampf von oben‘ nun weiter manifestiert durch die ÖVP/FPÖ-Regierung auf Bundesebene, die als Regierung der Banken, Konzerne und Superreichen zu klassifizieren ist. Für viele Menschen ist trotz der gegenwärtig guten Konjunkturlage eine Verschlechterung ihrer ökonomischen Lage spürbar, dazu kommen ungewisse Zukunftsperspektiven (ökonomische Krise, soziale Krise, ökologische Krise, prekäre Arbeitsverhältnisse, rasanter gesellschaftlicher Wandel, Kriegsgefahr und militärisches Säbelrasseln).

Um die Verheerungen des neoliberalen Kapitalismus und die Erosion vertrauter und sicherer Verhältnisse in den vergangenen Jahrzehnten zu skizzieren, erlaube ich mir, den Philosophen und Kulturtheoretiker Robert Pfaller aus seinem Buch „Erwachsenensprache“ zu zitieren – der obwohl nicht Mitglied unserer Bewegung zu ähnlichen Schlüssen kommt, wie wir sie im Landesprogramm der KPÖ Steiermark aus der Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus gezogen haben:

*„Ich halte mir dazu kurz vor Augen, was eigentlich jeder weiß – aber was man sich vielleicht nicht immer in seiner Gesamtheit, als Panorama, vor Augen hält:*

*Neoliberale Austeritätspolitik hat in den letzten Jahren nicht nur reiche westliche Staaten in den Ruin getrieben und allein in Europa Millionen von Menschen in Arbeitslosigkeit und Armut gestürzt, sie hat auch vieles, was bislang an zivilisatorischen Standards, Formen erfüllender Arbeit und guten Lebensumständen selbstverständlich war und zum Gemeineigentum zählte, zerstört.*

*Plötzlich fuhren Eisenbahnen in die Irre, Pensionsvorsorge geriet zum Spekulationsgegenstand, Gesundheit und Bildung verfielen einem irrationalen Ökonomisierungsdruck, Arbeiten verwandelten sich in Bullshit-Jobs, Produkte zerfielen vorzeitig dank geplanter Obsoleszenz [...], Bürgerrechte fielen umstandslos der Überwachung durch die Geheimdienste (mitunter sogar durch fremde Geheimdienste) zum Opfer, menschliche Grundrechte (wie zum Beispiel die Versorgung mit Trinkwasser) wurden verhandelbar, demokratische Selbstbestimmung opferte man für Freihandelsverträge und Universitäten wurden zu stressigen, überregulierten Lehranstalten für Menschen, die nur noch tun durften, was man ihnen verschrieb – und was anhand von Punkten, Zertifikaten und Kennzahlen bürokratisch darstellbar war.*

*Unter der Führung der USA war diese Politik zugleich extrem aggressiv: Der Reihe nach haben die Vereinigten Staaten von Amerika und ihre diversen Verbündeten innerhalb und außerhalb der NATO bezeichnenderweise gerade vergleichsweise säkulare arabische Staaten*



*wie Irak, Libyen und Syrien im Namen von ‚humanitarian warfare‘ mit dem Ziel des ‚regime change‘ militärisch angegriffen. [Es] entstanden nichts als ‚failed states‘ mit permanentem Bürgerkrieg [...], so können private westliche Firmen mit diversen lokalen Gangsterbanden offenbar umso besser lukrative Rohstoffgeschäfte tätigen.“*

Soweit also das Panorama von Robert Pfaller: Vieles an sozialen und demokratischen Errungenschaften der Nachkriegsjahrzehnte ist in Gefahr, da der Kapitalismus nach dem Wegfall der sozialistischen Systemkonkurrenz die ihm auferlegten Fesseln abstreifen konnte. Aus dem sozialen Lift der sogenannten keynesianischen „Wohlfahrtsstaaten“, der den Lebensstandard breiter Bevölkerungsschichten gehoben hat, wurde für mehr und mehr Menschen der Alltag zum Ankämpfen gegen eine nach unten fahrende Rolltreppe. Wer hier zum Stehen kommt, landet ganz unten.

### **Neoliberale und rechte Hegemonie:**

*„Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche herrschende Gedanken“, betonte Marx*

Die ideologische Verarbeitung der Krisenerfahrungen ist hierzulande weitgehend von der neoliberalen und/oder rechten Hegemonie bestimmt, die auch in der hiesigen Medienlandschaft deutlich sichtbar ist. Dies führt etwa zur Ethnisierung sozialer Konflikte, Rassismus, Alternativlosigkeit, Rückzug ins Private, „Sparzwang“, Verschwörungstheorien, ... als Erklärungsmodelle für die Welt. Verbreitet vorhanden sind ebenso Anti-Establishment-Haltungen als Misstrauen gegen die politische Elite, die Anknüpfungspunkte für sozialistische und klassenkämpferische Politik sein können, aber nicht zwingend sind. Vielmehr jedoch sind politische Resignation und Frustration weit verbreitet (vgl. Nestroy: „Die Edelste unter den Nationen ist die Resignation.“)

### **„Linke“ und linke Politik**

In vielen Ländern Europas ist gegenwärtig von einer Krise der politischen Linken die Rede, dies erfordert jedoch ein genaueres Hinsehen: Sozialdemokratische Parteien sind europaweit in der arbeitenden Bevölkerung kompromittiert als Erfüllungsgehilfen des neoliberalen Kapitalismus (anschaulichstes Beispiel ist wohl die einstige rot-grüne Bundesregierung in der BRD, die mit Hartz IV und der Agenda 2010 eine umfassende Demontage des Sozialsystems betrieben hat). Auf der anderen Seite sehen wir bei grünen und linksliberalen Kräften, dass sie in die Falle sogenannter „Kulturkämpfe“ getappt sind, sich ausschließlich auf liberale Freiheiten und gesellschaftliche Liberalisierung (durchaus kompatibel mit neoliberalen Konzepten) fokussiert haben, während die soziale Frage völlig außen vorgelassen wurde. Soziale Interessen der Mehrheit der Bevölkerung und Eintreten für gesellschaftliche Minderheiten sind aus einer materialistischen Perspektive aber kein Entweder-Oder, sondern bedingen einander.

Wo konsequent linke, marxistische und kommunistische Kräfte eine solche Interessensvertretung beibehalten oder entwickelt haben, ist hingegen auch gegenwärtig ein Erstarren fortschrittlicher Bewegungen möglich (vgl. etwa die Partei der Arbeit Belgiens oder die Portugiesische Kommunistische Partei).

In der Steiermark und in Graz bemühen wir uns, als Kommunistische Partei einen Unterschied im Alltag der Menschen zu machen: Durch konsequente Vertretung der sozialen Interessen wollen wir Hoffnung geben, widerständisches Bewusstsein schaffen und Perspektiven aufzeigen. Die permanente Artikulation und der glaubwürdige, nachhaltige Einsatz für die Interessen der breiten Mehrheit der Bevölkerung in Fragen des Mieterschutzes, der Arbeitswelt, bei Gebühren- und Tariferhöhungen etc. ist mitunter auch eine Erklärung, warum die steirischen KPÖ auch in Zeiten dramatischer Einbrüche linksliberaler Kräfte in Österreich und anderswo ihre Positionen verteidigen und ausbauen konnte.

Vor wenigen Wochen hatten wir hier im KPÖ-Bildungsverein den israelischen Universitätsprofessor und Marxisten Moshe Zuckermann zu Gast, der in Bezug auf das Dilemma der fortschrittlichen und linken Bewegung in Israel davon sprach, dass die israelische Linke sich vornehmlich als „politische Linke“ verstanden hätte und zu wenig als „soziale Linke“. Mit Karl Marx gesprochen hat sie also vornehmlich Fragen des Überbaus behandelt und die Vertretung der materiellen Interessen der unteren Klassen vernachlässigt, sodass rechte politische Kräfte in diese Lücke vorstoßen konnten. Slavoj Žižek goss diese Erkenntnis in die Formulierung: „Der Populismus übernimmt stets dort das Feld, wo die wahre Linke fehlt, versagt, gescheitert ist.“

Ähnliche Phänomene erlebten und erleben wir in vielen anderen Industrieländern, wie sie sich etwa bei der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten gezeigt haben oder von Didier Erignon in Bezug auf den dramatischen Niedergang der Französischen Kommunistischen Partei beschrieben worden sind. Diese Entwicklungen zeigen nicht zuletzt eine Entfremdung linker AktivistInnen von der Mehrheit der arbeitenden Menschen – die wir als steirische KPÖ durch den engen Kontakt mit der Bevölkerung bislang verhindern konnten.

### **„Eine nützliche Partei für das tägliche Leben – und die großen Ziele der ArbeiterInnenbewegung!“**

Unsere täglichen Rückmeldungen kommen von GrazerInnen und SteirerInnen, die in der KPÖ eine (neue) politische Heimat gefunden haben, von ArbeiterInnen und prekär Beschäftigten, die hier ihre sozialen Interessen vertreten sehen, von MieterInnen, die den Einsatz für leistbares Wohnen schätzen, von enttäuschten SozialdemokratInnen oder linken Grünen, von Menschen, denen die KPÖ mit ihrem Sozialfonds aus einer Notlage geholfen hat, von Umweltbewegten, die die klare Haltung zum Murkraftwerk ebenso schätzen wie fortschrittliche Intellektuelle das Auftreten gegen Rassismus und Spaltung – ein Mix,

so bunt wie das Leben in einer kleinen österreichischen Großstadt eben. Sie alle kennen ‚ihre‘ KPÖ – von hunderten Infoständen über all die Jahre, von Plakaten und Steckaktionen, von Festen, Fußballturnieren oder Konzerten, von Demonstrationen, BürgerInneninitiativen und politischen Aktionen, aus der Nachbarschaft, dem Gemeindebau, von der Uni oder dem Betrieb. Ähnlich sieht es auch in den obersteirischen Industriestädten – von Knittelfeld bis Mürzzuschlag – aus.

Damit ist es in der Arbeit von Jahrzehnten gelungen, aus der gesellschaftlichen Isolation (teilweise) auszubrechen, Kontakte und Netzwerke zu knüpfen, zur Ansprechpartnerin für die arbeitende Bevölkerung zu werden, widerständisches Denken im Alltag zu entwickeln, zu fördern und zu stärken. Das ist der Unterbau auf dem die wahlpolitischen Erfolge der steirischen KPÖ stehen, die sich derzeit in Form von zwei Landtagsmandaten, zwei Vizebürgermeisterinnen, vier StadträtInnen, 44 GemeinderätInnen und 35 BezirksrätInnen zu Buche schlagen. Dazu kommen vier Mandate in der Arbeiterkammer sowie 15 BetriebsrätInnen des GLB-KPÖ und vier Mandate in den Grazer Hochschulvertretungen durch den Kommunistischen StudentInnenverband.

All diese Mandate sind für uns steirische KommunistInnen kein Selbstzweck, sondern Resultat der außerparlamentarischen Arbeit der Partei. Nur der stete Kontakt und Einsatz für und mit den Menschen kann die antikommunistische Propaganda nicht nur neutralisieren, sondern in dem Sinn umdrehen, dass nicht wenige Menschen in Graz und der Steiermark sagen: „Ihr seid die einzige Partei, der ich noch etwas glaube.“

Die Leitlinie der Politik der KPÖ Steiermark ist seit gut 30 Jahren die Losung „Eine nützliche Partei für das tägliche Leben – und die großen Ziele der ArbeiterInnenbewegung!“. Darin drückt sich auch die Dialektik revolutionärer Politik in nicht-revolutionären Zeiten aus. Ohne die Verbindung der täglichen Arbeit mit den großen Fragen, wäre die steirische KPÖ eben jene „Kümmerer- und Caritas-Partei“, als die sie von ultralinken Kräften gerne abgekanzelt wird – wohlgermerkt ohne dass jene eine andere, wirkungsvolle Form der politischen Praxis anzubieten hätten. Darum ist es von so zentraler Bedeutung, dass die großen Fragen unserer Zeit auf das alltägliche Leben und die alltäglichen Sorgen der Menschen herunter gebrochen werden. Dazu gehört auch die Sozialrechtsberatung, die in allen Büros der KPÖ Steiermark angeboten wird – und die von außen oftmals auf die finanzielle Unterstützung von Menschen aus den Polit-Gehältern der MandatarInnen reduziert wird. Hierbei geht es aber um wesentlich mehr: Rechtliche Beratung, Aufklärung über Ansprüche, Unterstützung bei Anträgen, Darlegung von politischen Hintergründen, politische Diskussionen, ein offenes Ohr zu haben, das Erörtern von Problemen und die Ableitung der Politik daraus – und in Notsituationen selbstverständlich auch finanzielle Unterstützung aus den Gehältern der MandatarInnen. Beides – die rechtliche Beratung wie

die soziale Unterstützung mit dem eigenen Gehalt – schafft Vertrauen, Glaubwürdigkeit, eine deutliche Unterscheidung von den bürgerlichen Parteien und nicht zuletzt auch den Kontakt mit jenen Teilen der ArbeiterInnenklasse und den armen Bevölkerungsschichten, die über herkömmliche Politikformen kaum oder gar nicht zu erreichen sind. Auf den Erfahrungen und den Kontakten aus den Sozialberatungen der steirischen KPÖ fußen nicht zuletzt drei der größten außerparlamentarischen Proteste in der Steiermark der letzten Jahrzehnte – die „Plattform 25“, die Abschaffung des Angehörigen-Regresses sowie die Kampagne gegen die Kürzung der Wohnbeihilfe.

Gelingt das Herunterbrechen großer Fragen und die Nützlichkeit für den Alltag der Menschen nämlich nicht, ist der „Gebrauchswert“ einer revolutionären Partei für die ArbeiterInnenklasse und die armen Bevölkerungsschichten bestenfalls ein sehr eingeschränkter. Diese Einsicht beschränkt sich nicht auf die Steiermark und das Jahr 2017: Jede revolutionäre Bewegung – historisch wie gegenwärtig – konnte nur Wirkmächtigkeit erlangen, wenn es ihr gelang, an die Probleme, Sorgen und auch Sehnsüchte der breiten Massen anzuknüpfen, eine „konkrete Utopie“ erfahrbar zu machen und dies in ein politisches Programm und gemeinsame Aktion zu gießen.

### **„Es gibt nichts Praktischeres als eine gute Theorie.“ – Der Marxismus als Fundament und Kompass**

Über die Bedeutung Marxismus heißt es in der Kurzfassung des Landesprogramms der steirischen KPÖ:

*„Kommunistisches Engagement speist sich aus vielen Quellen. Als Marxistinnen und Marxisten sind wir besonders dem Erbe der Klassiker des wissenschaftlichen Sozialismus – Marx, Engels und Lenin – verpflichtet, ebenso wie dem Vermächtnis anderer marxistischer Denkerinnen und Denker und Revolutionärinnen und Revolutionären der österreichischen und internationalen Arbeiterbewegung. Kommunistische Bewegung bedarf einer auf dem Marxismus fußenden Theorie. Die Verbindung des wissenschaftlichen Sozialismus mit den sozialen, ökologischen und politischen Bewegungen, die Verbreitung unserer Anschauungen gegen den herrschenden Zeitgeist sind entscheidende Grunderfordernisse und Ansprüche an unser Handeln.“*

Der Marxismus ist folglich das Fundament unseres politischen Wirkens und zugleich Kompass unserer alltäglichen politischen Praxis.

Die von Marx erkannten Grundgesetze der kapitalistischen Produktionsweise sind bis heute unwiderlegt und die von ihm entdeckten Widersprüche treten jeden Tag aufs Neue und verschärft hervor. Kaum ein anderer Denker würde öfter totgesagt als Karl Marx. Es zeigt sich aber, dass sich seine Analysen zwar verdrängen lassen, aber immer wiederkehren. Die weltweite Verteilung des Vermögens, die Frage der Zukunft der Arbeit oder die wieder entstandene Debatte über Lage und Rolle der ArbeiterInnenklasse zeigen, dass Marx trotz seines 200. Geburtstags nicht zum alten Eisen gehört.

Noch heute gilt dasselbe Grundgesetz des Kapitalismus, das Karl Marx aufgedeckt hat; nämlich aus Geld durch Ausbeutung mehr Geld zu machen – ohne Rücksicht auf Menschen, Tiere und die Umwelt.

### **Wiederaufbau einer ArbeiterInnenbewegung**

Der himmelschreiende Irrsinn an diesen Verhältnissen, die schon Marx analysiert hat, ist dabei, dass unsere Gesellschaft und unsere Welt so reich ist, wie nie zuvor und technisch so weit entwickelt ist, dass längst ein erfülltes, ein glückliches, ein befreites Leben für alle Menschen möglich wäre, wenn wir erst einmal die Fesseln des Kapitalismus abgestreift haben.

Davon sind wir heute weit, weit weg, darüber brauchen wir uns keine Illusionen machen. Aber wenn wir nicht zulassen wollen, dass unser Leben, unsere Zukunft und unser Glück gänzlich von der Diktatur des Profits bestimmt wird auf Kosten von Menschen, Natur und auch Tieren, brauchen wir den Wiederaufbau einer ArbeiterInnenbewegung.

Wir brauchen den Wiederaufbau einer ArbeiterInnenbewegung, die die alltäglichen sozialen Interessen der Mehrheit der österreichischen Bevölkerung thematisiert und sie auch gegen die Übermacht der neoliberalen und rechten Parteien, Medien, Lobbys und Denkfabriken der Superreichen vertritt.

Wir brauchen den Wiederaufbau einer neuen Arbeiterbewegung als bodenständige Linke, die gemeinsame Interessen benennt, die Brücken baut, Bewusstsein schafft, Solidarität organisiert, Alternativen aufzeigt. Die ihre Politik von unten nach oben und auf Augenhöhe mit den Menschen entwickelt und aus der Organisation alltäglicher Kämpfe für ein besseres Leben den Bogen spannt zu einer Perspektive, die den Kapitalismus überwindet und für eine sozialistische Zukunft eintritt.

Wir brauchen eine Arbeiterbewegung, deren Fundament und Kompass der Marxismus ist, die auf der Höhe der Zeit und prinzipienfest ist, aber ohne verengten Geist, mit hellem Kopf und dem Herz am richtigen Fleck.

Wir brauchen eine ArbeiterInnenbewegung, die Bildung und Wissenschaft, Humanismus und Solidarität hochhält gegen neoliberale Dogmen und Verdummung, gegen Kriegspropaganda und Rassismus, gegen dumpfe Verschwörungstheorien und religiösen Fundamentalismus jeder Art.

Und wir brauchen eine ArbeiterInnenbewegung, die so vielschichtig ist, wie die ArbeiterInnenklasse selbst – weiblich, männlich oder queer, fest angestellt, prekär beschäftigt oder erwerbslos, österreichisch und international, ob jung oder alt.

Die KPÖ Graz und die KPÖ Steiermark verstehen sich als Teil dieser Arbeiterbewegung und haben in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten viele Schritte zu ihrer Wiederbelebung gesetzt. Dabei können wir nicht zaubern, sondern sind vom Einsatz und Engagement

aller AktivistInnen, SympathisantInnen und FreundInnen der Partei abhängig – und aller, die noch den Weg zu uns finden werden und die wir mit offenen Armen empfangen, wenn sie mit uns und den Menschen für eine gerechtere Gesellschaft eintreten wollen.

Die aus unserer Politik resultierende gesellschaftliche Verankerung und gewisse Stärke wollen wir nützen – nicht, um uns dem Mainstream anzunähern und bei den Etablierten „anzukommen“, sondern um Angriffe auf die arbeitenden Menschen abzuwehren und um die Bedingungen für gesamtgesellschaftliche Veränderungen zu verbessern.

Unsere Hoffnung liegt im Aufbau von Widerstandsstrukturen in Österreich, Europa und weltweit. Für uns gibt es keine Alternative zur aktiven, unermüdlichen, solidarischen, demokratischen Organisation der revolutionären Gegenmacht. Dabei stehen wir nicht alleine, sondern mit uns Millionen Menschen weltweit. Und wir stehen in einer langen Tradition, zu der nicht zuletzt die sozialistische Oktoberrevolution zählt und eine einhundertjährige Geschichte als KPÖ, deren Gründung wir heuer im November begehen werden. Unser Ziel ist und bleibt es, mit Karl Marx gesprochen, *„alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“*



**KPO**  
BILDUNGSVEREIN

Steiermark  
**KPO**



[www.kpoe-steiermark.at](http://www.kpoe-steiermark.at)



[/kpsteiermark](https://www.facebook.com/kpsteiermark)



[/kpsteiermark](https://www.instagram.com/kpsteiermark)



[/kpoe\\_steiermark](https://twitter.com/kpoe_steiermark)



[/kpoe\\_bildungsverein](https://www.youtube.com/kpoe_bildungsverein)